

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Patrik Köbele, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Renate Münder

EDITORIAL

Es ist eine zumindest in Deutschland gängige Meinung, der Sozialismus sei am Mangel an Demokratie zugrunde gegangen. Deshalb will T&P am Beispiel der DDR dem Thema *Sozialistische Demokratie* nachgehen.

Erst die Veränderung der Eigentumsverhältnisse machte die Ausübung von Demokratie, d. h. sozialistischer Demokratie möglich, so Erich Buchholz. Die ökonomische Macht war die Grundlage der politischen Macht. „Wie gut oder wie schlecht sie im Einzelnen gewesen war, das bedarf weiterer Erörterung.“ Denn anders als der Imperialismus ist der sozialistische Staat auf die aktive Unterstützung, die aktive Mitarbeit, die bewusste Übernahme von Verantwortung der Arbeiterklasse angewiesen. Sonst bleiben Volkseigentum und genossenschaftliches Eigentum dieses nur dem Namen nach, werden vernachlässigt, geplündert und heruntergewirtschaftet.

Ein Widerspruch – Demokratie und Diktatur zugleich, konstatiert Renate Münder. Es war und ist ein objektives Problem in allen Staaten der Diktatur des Proletariats, dass die notwendige Unterdrückung der Bourgeoisie auch zur Einschränkung oder Unterdrückung von Kritik innerhalb der Arbeiterklasse führen kann. Kritik an der Partei oder an staatlichen Institutionen konnte als Abkehr vom Sozialismus gewertet werden und wurde so auch vom Westen instrumentalisiert.

Sozialistische Demokratie ist nicht auf den politischen und rechtlichen

Rahmen begrenzt, die Trennung von politischer und sozialer Sphäre ist aufgehoben. Gerade im Betrieb und in den Selbstverwaltungsorganen kann und muss die Bevölkerung mitarbeiten und bestimmen. Zu einer *Demokratie, die nicht am Werkstor endet* und zur Demokratie der Genossenschaften, schreiben Adolf Eser und Wolfram Triller.

Ein zweiter Komplex in diesem Heft ist der Entwicklung der EU gewidmet: *„Jetzt wird in Europa deutsch gesprochen“*, zitiert Anton Latzo den Fraktionschef der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Volker Kauder. Zu den Auswirkungen des Spardiktats für die griechische Bevölkerung und Perspektiven des Widerstands äußert sich Giorgos Marinos, Mitglied im Politbüro der KKE, in einem Interview. Richard Corell weist die Unterstellung zurück, der Kampf der KKE für die Loslösung Griechenlands aus der EU sei ein Rückfall in den Nationalismus, und weist den linken Verteidigern der EU dagegen *„verschämten Chauvinismus“* nach.

Von Kommunisten wird erwartet, dass sie heute vor allem den Kampf der griechischen Arbeiterklasse gegen die Abwälzung der kapitalistischen Krisenlasten vorbehaltlos unterstützen – im eigenen Interesse. Mit der Spendensammlung für die seit Ende Oktober streikenden griechischen Stahlarbeiter in Aspropyrgos wird deutlich, was T&P unterinternationaler Solidarität versteht. Nicht die Sammlung von Unterschriften für einen „Europäischen Fonds für soziale Entwicklung“, einer Kampagne der Europäischen Linkspartei (EL), wo-

durch die Illusion verstärkt wird, die EU könne in ein demokratischeres, sozialeres und friedlicheres Europa transformiert werden (siehe T&P 25), sondern eine Aktion der Solidarität, die die Übereinstimmung der Klasseninteressen der griechischen und deutschen Arbeiterklasse betont.

Im gleichen Sinn des proletarischen Internationalismus argumentiert Rüdiger Göbel: „Solidarität mit der syrischen Bevölkerung heißt, die Kriegstreiber zu stoppen“ und Widerstand gegen den dramatischen Abbau von Souveränitätsrechten durch die Imperialisten zu organisieren. Simon von der SDAJ in Trier reflektiert, wie die Aussetzung der Wehrpflicht die Perspektiven antimilitaristischer Arbeit beeinflusst.

Über das Symposium zu Ehren von Hans Heinz Holz – *Lust am Widerspruch* – berichtet Arnold Schölzel. Im Literaturtipp empfiehlt Sebastian Carlens das Buch von Kurt Gossweiler *Kapital, Reichswehr und NSDAP*, das die Frühgeschichte des NS-Faschismus beleuchtet. Carlens diskutiert auch, was uns dieser Ansatz heute nützen kann – eine wichtige Frage angesichts der größer werdenden faschistischen Gefahr.

Karin Mack untersucht die Tätigkeit der Berliner DKP beim Streik der CFM. Ihre Zwischenbilanz, dass erfolgreiche Streikunterstützung auch von außen zu machen ist, kann eine Anregung für andere Genossen sein.



PERSPEKTIVEN DES WIDERSTANDS IN GRIECHENLAND

„In Griechenland setzt sich der Hunger fest“, schreibt sogar das HHNDLSBLATT am 6. 3. 2012. Doch nicht alle Griechen sind am Boden – vor den Nachtclubs und teuren Strandcafés parken immer noch die dicken Geländewagen. Die steinreichen Reeder zahlen keine Steuern. Griechische Unternehmer fordern weitere Belastungen für die Arbeiterklasse. Und deutsche Firmen profitieren von den verordneten Privatisierungen der Protektionspolitik. Ist das der Grund weshalb ihr meint, dass der Slogan „Wir sind alle Griechen“ nicht geeignet ist, um die Solidarität zu organisieren?

Die KKE dankt ganz herzlich den arbeitenden Menschen in der ganzen Welt, die ihre Solidarität mit dem Kampf der Arbeiterklasse, der einfachen Bauern und Gewerbetreibenden unseres Landes zum Ausdruck bringen. Dabei möchten wir betonen, dass die gesellschaftliche Realität treffender durch Losungen widerspiegelt werden kann wie: Unterstützung des Kampfes der arbeitenden Menschen und Front gegen die Kräfte des Kapitals, gegen die bürgerlichen Parteien. Schließlich ist zu beachten, dass der Begriff „Griechen“ sowohl die Kapitalisten, die Ausbeuter, als auch die Arbeiter, die Ausgebeuteten einbezieht.

Die Solidarität kann noch effektiver werden in dem Maße, wie in jedem Land klassenorientierte Kämpfe der Massen gegen die EU, gegen das Kapital, die bürgerlichen Regierungen und Parteien, für den Umsturz der volksfeindlichen Politik, organisiert werden.

In der Tat trifft die kapitalistische Krise das arbeitende Volk sehr hart. Die Bourgeoisie besitzt akkumuliertes Kapital, stärkt sich und genießt neue Privilegien. Das Kapital wird immer aggressiver, nutzt die volksfeindlichen Maßnahmen der PASOK und der Nea Dimokratia, der Koalitionsregierung

von Herrn Papadimos, intensiviert die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Das trifft sowohl auf die griechischen, als auch auf die ausländischen Kapitalisten zu. Dabei möchten wir klarstellen, dass Griechenland kein Protektorat ist. Die Einbindung in die Europäische Union und in die anderen imperialistischen Organisationen, die Abtretung von Souveränitätsrechten geschehen durch das bewusste Einvernehmen der Bourgeoisie und ihrer Parteien, um die kurz- und langfristigen Interessen der Kapitalisten abzusichern.

Man muss berücksichtigen, dass ein charakteristisches Merkmal des Kapitalismus die ungleichmäßige Entwicklung ist. Demnach nimmt Griechenland aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kraft eine Zwischenstellung im imperialistischen System ein. Ein weiteres Merkmal des Systems ist die Ungleichmäßigkeit in den internationalen Beziehungen. Sie wird abgeschafft durch die Abschaffung der Ursache, die sie verursacht, durch den Sturz des Kapitalismus in jedem Land. Das beweist auch die Erfahrung des sozialistischen Aufbaus, der trotz seiner Fehler viele Errungenschaften zu verzeichnen hatte, die auch durch keine Verleumdungskampagnen seiner Gegner ausradiert werden kann.

Wir werden über Generalstreiks der Gewerkschaften und zahlreiche Protestdemonstrationen informiert. Aber über den Kampf der Stahlarbeiter in Aspropyrgos, der jetzt schon vier Monate dauert, lesen wir in den bürgerlichen Zeitungen wenig. Warum besitzt er für den Kampf der griechischen Arbeiterklasse exemplarischen Charakter? Wie ist die Lebenssituation der Streikenden? Können Sie über materielle Solidarität berichten?

Die bürgerlichen Massenmedien sowie alle Manipulationsmechanismen des Systems untergraben die Kämpfe des Volkes. Sie versuchen jede Information

über den heldenhaften, 140 Tage dauernden Kampf der Stahlarbeiter zu blockieren, der durch die Anstrengungen der Kommunisten und der klassenorientierten Kräfte sogar die Grenzen des Landes überschritten hat und eine einmalige Welle der Solidarität empfängt. Die Arbeiter und die klassenorientierte Gewerkschaft des Stahlwerkes, die in den Reihen der PAME kämpft, setzten sich mit dem Industriellen auseinander, sagten NEIN zu den Entlassungen, zu der Vernichtung der Arbeiterrechte und der Kürzung der Löhne, und organisierten ihren Streikkampf, indem sie sich am allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse beteiligten. Sie antworteten entschieden auf die Druckausübung, auf die Erpressungen der Regierungen und der Arbeitgeber, traten den Provokationen faschistischer Gruppen, aber auch anderer Randelemente entgegen, die versucht haben, den Kampf zu verleumdern und die KKE und die PAME anzugreifen.

Diese prinzipienfeste Haltung und die vielfältigen Aktionen führten zur Bildung einer starken Welle der Klassensolidarität, die den Streikenden Lebensmittel, andere Waren und Geld zur Unterstützung ihrer Familien brachte. Tausende Arbeiter und Angestellte beteiligen sich an dieser Solidaritätsbewegung. Die PAME organisierte zudem eine Sonderspendenaktion. All diese Aktionen verstärken den Kampf und die Beharrlichkeit der Streikenden gegenüber den Arbeitgebern, der PASOK/ND-Regierung, den Massenmedien und den arbeitgeber- und regierungstreuen Gewerkschaften, der Mehrheit der Führung des Griechischen Gewerkschaftsbundes (GSEE), die zum Kampf überhaupt keinen Beitrag leistet. Die Losung „Jeder Arbeitsplatz soll zu einer Chalyvourgia werden“ gibt dem Klassenkampf neue Impulse. Dieser Kampf ist bereits in die Geschichte eingegangen und stellt ein Vorbild dar, das die Arbeiterklasse inspiriert.

In der deutschen Linken kursieren politische Vorwürfe gegenüber der KKE, die klassenbewusste Gewerkschaftsfront PAME habe mit ihrer Gründung 1999 die Gewerkschaftsbewegung in Griechenland gespalten – welches sind eure Argumente in dieser Frage? Welche Rolle spielt die PAME im Kampf gegen das demütigende Spardiktat der EU?

Die PAME ist eine große Errungenschaft der Arbeiterklasse, sie ist eine klassenorientierte Bewegung, in deren Reihen hunderte Gewerkschaften, Verbände, regionale Arbeiterzentren, Kampfkomitees in den Betrieben und anderen Arbeitsstätten, Gewerkschaftler kämpfen. Die PAME führt den Kampf in den Betrieben, in den Unternehmen, steht an vorderster Front bei Streiks, Demonstrationen und Besetzungen. Sie vertritt die Klasseninteressen der Arbeiterklasse in Konfrontation mit den arbeitgeber- und regierungstreuen Gewerkschaftsverbänden GSEE und ADEDY, die auf der Linie der Klassenzusammenarbeit agieren, der Strategie des Kapitals und der volksfeindlichen Politik der Regierungen dienen und die Europäische Union und das Ausbeutersystem lobpreisen. Diese Kräfte spalten die Arbeiterklasse und wollen sie entwaffnen. Sie erklärten sich mit harten arbeiterfeindlichen Maßnahmen einverstanden, die Arbeiter- und Sozialversicherungsrechte vernichten und die Löhne und Renten einfrieren.

SYN/SYRIZA, der den stellvertretenden Vorsitz der Europäischen Linkspartei inne hat, folgt den arbeitgeber- und regierungstreuen Gewerkschaftsverbänden und versucht gleichzeitig die klassenorientierte Bewegung zu diffamieren. Wir möchten den arbeitenden Menschen in Deutschland erklären, dass für die PAME die Einheit der Arbeiterklasse in eine klassenbewusste Richtung das Hauptziel ist. Das bedeutet einen ständigen Kampf um die Probleme der Arbeiterklasse (Arbeit, Löhne, Renten, Sozialversicherung, Gesundheit, Bildung u. a.) und die Sammlung von Kräften für den Umsturz der kapitalistischen Barbarei. Das tut PAME und verzeichnet dabei deutliche Erfolge, ihr Ansehen steigt, sie wird von der Arbeiterklasse als der echte Verteidiger ihrer Interessen anerkannt. Auf dieser Grundlage trägt die PAME entscheidend beim Aufbau des gesellschaftlichen Bündnisses mit den

Bauern und den Kleinunternehmern, unter Beteiligung der Jugend und der Frauen, bei.

Die Prognosen bei den kommenden Wahlen sagen den linken Parteien einen großen Stimmenzuwachs voraus. Alexis Tsipras, Vorsitzender von Syriza, dem Wahlbündnis Koalition der Radikalen Linken, hat die KKE aufgefordert, nach der nächsten Wahl zu koalieren. Wie schätzen Sie dieses Angebot ein? Was verhindert eine Zusammenarbeit?

Die Umfragen zeigen einen Rückgang der PASOK und der ND, einen Anstieg der KKE und der Kräfte, die sich als Linke selbst definieren. Jede Partei wird nicht anhand ihres Titels, sondern ihres Programms, ihrer Positionen und ihrer politischen Praxis bewertet. SYN/SYRIZA ist eine politische Formation, die sich innerhalb der vom Kapitalismus gesetzten Grenzen bewegt, die Europäische Union unterstützt, und gemeinsam mit PASOK und ND den Maastrichter Vertrag unterzeichnet hat. Dieser Vertrag, eine Art Bibel für die Kapitalisten, sieht die freie Bewegung des Kapitals vor und stellt die Grundlage aller volksfeindlichen Angriffe gegen die Arbeiter-, Lohn- und Sozialversicherungsrechte, die Abwertung und Kommerzialisierung der Sozialdienste dar.

Diese Partei stiftet Verwirrung, verheimlicht das Wesen der kapitalistischen Krise, ihren Charakter als Krise der Akkumulation des Kapitals, spricht von der Krise des „Casino-Kapitalismus“, von der Schuldenkrise, wie es die Verteidiger des Kapitalismus zu seiner Entlastung behaupten. Ihre Vorschläge schüren Illusionen, dass es volksfreundliche Lösungen durch die Europäische Zentralbank geben kann, die ein Hauptinstrument des Systems gegen die Völker ist, dass durch den Europäischen Gerichtshof Lösungen herbeigeführt werden können. SYN/SYRIZA spricht von moralisch begründeten und von unmoralischen Schulden und ermöglicht es der Regierung, die Schulden zur Durchsetzung volksfeindlicher Maßnahmen zu benutzen.

Demzufolge gibt es keine Diskussionsgrundlage mit SYN/SYRIZA. Er weiß, dass seine programmatischen Unterschiede zur KKE sehr groß sind, täuscht dennoch angesichts der Wahlen das Volk und geht auf Stimmenfang.

Die wichtigste Differenz zur KKE ist also die Frage: Umsturz des Systems oder Entmachtung des internationalen Bankkapitals und ihrer politischen Vertretung innerhalb der parlamentarischen Systematik Griechenlands und innerhalb des internationalen imperialistischen Vertragssystems. Ihr orientiert seit vielen Jahren auf die Aufkündigung des EU-Vertrages mit der Losung „Raus aus der EU“. Warum gibt es für Griechenland keine Perspektive in der EU? Viele sagen bei einem nationalen Weg außerhalb der EU eine nationalistische Entwicklung in Griechenland voraus. Alle Wirtschaftsexperten der SYRIZA argumentieren, dass die Rückkehr zur Drachme für das Land und erst recht für die ärmeren und verarmenden Schichten eine Katastrophe wäre. Ist ein Austritt aus der EU nicht mit einer ökonomischen Isolierung verbunden, die vom Volk große Opfer fordert? Wie schätzen Sie das ein?

Die ausschlaggebende Differenz, das wirkliche Dilemma lautet: soll die Macht und der Reichtum in den Händen der Arbeiterklasse, des Volkes, der Vielen oder in den Händen der Kapitalisten, der großen Wirtschaftsgruppen, der Wenigen liegen? Alles andere ist nur heiße Luft. Die Bourgeoisie verteidigt das bürgerliche Parlament, um ihre Macht zu verewigen, um das System der Ausbeutung, der Arbeitslosigkeit, der Armut zu verewigen. In diesen Rahmen wirkt der Opportunismus mit seinen Irreführungen über einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Es geht um eine große Täuschung zu Lasten des Volkes, denn Kriterium für das System ist der Profit, der aus dem Mehrwert entspringt, aus der unbezahlten Arbeit der Arbeiterklasse.

Durch den politischen Vorschlag der KKE wird hervorgehoben, dass die Bodenschätze, die Energie, die Telekommunikationen, das Transportwesen, die Landwirtschaft und andere kritische Wirtschaftszweige Instrumente zum Wohle des Volkes werden können, wenn sie gesellschaftliches Eigentum, Volkseigentum werden. Diese wichtigen Instrumente können die Bedürfnisse des Volkes befriedigen, und zwar durch die Zentralplanung, die in den Wirtschaftszweigen und in den Regionen eingeführt werden wird. Der Pro-



zess der Umsetzung erfordert ein starkes gesellschaftliches Bündnis, das den Übergang der Macht in die Hände der Arbeiterklasse durchsetzen wird. Sie wird zusammen mit ihren Verbündeten einen Arbeiterstaat und eine Wirtschaft des Volkes aufbauen, an der das Volk sich entscheidend beteiligen und die substantielle Kontrolle ausüben wird.

Diese Arbeiter- und Volksmacht, die den Sozialismus aufbauen wird, hat die Pflicht, Griechenland von den imperialistischen Vereinigungen, von der EU und der NATO, loszulösen. Der Aufbau einer Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes steht, ist unvereinbar mit der Beteiligung an Wolfsbündnissen, die die kapitalistischen Interessen vertreten und die neue sozialistische Gesellschaft untergraben werden.

Durch diesen Weg wird die Arbeitermacht zur einseitigen Streichung der Schulden schreiten. Es ist ein schweres Unterfangen, aber ist der Weg, der den Volksinteressen entspricht. Griechenland wird von seinen wichtigen Produktions- und Wirtschaftsvorteilen Gebrauch machen, gegenseitig vorteilhafte Beziehungen mit anderen Staaten und Völkern aufbauen und die Solidarität der Völker in den anderen Ländern genießen. Das Land wird ebenfalls seine geostrategische Stellung und die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten nutzen. Demzufolge sind die „Voraussagen“ eines nationalistischen Weges unbegründet. SYN/SYRIZA ist nicht glaubwürdig. Er ändert seine Standpunkte von heute auf morgen. Das Dilemma „Euro oder Drachme“ ist künstlich, denn die kapitalistischen Bedingungen sind es, welche die Pro-

bleme der arbeitenden Menschen und deren Ausbeutung verschärfen, unabhängig von der jeweiligen Währung.

Der Entwicklungsweg, den die KKE fordert, verlangt weniger Opfer vom Volk, als die Opfer, die heute die kapitalistische Barbarei dem Volk aufzwingt: 42 Millionen Arbeitslose in der EU und nochmal so viele Unterbeschäftigte. 115 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, laut den offiziellen Statistiken. In Wirklichkeit sind Opfer und Elend noch größer. Kapitalismus bedeutet nichts anderes als Krisen und Kriege.

Die Fragen stellte Renate Münder.
*Nachdruck von jW, 30. 3. 2012,
T&P dankt für die Genehmigung.*



Renate Münder

EIN WIDERSPRUCH – DEMOKRATIE UND DIKTATUR ZUGLEICH

Es ist Massenmeinung, der Sozialismus sei am Mangel an Demokratie zugrunde gegangen. Auch bei Linken ist diese Meinung stark verbreitet, man betrachte nur das Zurückweichen der Führung der Linkspartei in dieser Frage.

Deshalb will T&P am Beispiel der DDR unter dem Thema „sozialistische Demokratie“ nachgehen.

Was heißt überhaupt Demokratie? Da gibt es in unserer Gesellschaft sehr verschiedene Definitionen, jedoch alle dominiert von der herrschenden Vorstellung von *freedom and democracy*, die den Völkern notfalls auch mit Panzern und Bomben aufgezwungen wird. Wir halten uns dagegen – dogmatisch, wie wir sind! – an Lenin: „*Demokratie ist nicht identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat, d. h. eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere, eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen*“ [1]. Solange der Staat existiert, also bis zu seinem Absterben, bis

zur klassenlosen Gesellschaft, bedeutet Staat immer Klassenherrschaft: entweder Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats.

Eigentumsverhältnisse Grundlage für sozialistische Demokratie

Diktatur des Proletariats bedeutet Unterdrückung der Bourgeoisie – überlebensnotwendig für die Revolution – das schließt Demokratie nicht aus, im Gegenteil. Mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann Demokratie für die große Masse der Bevölkerung beginnen. In den Produktionsverhältnissen, den sozialistischen Eigentumsverhältnissen liegt die materielle Grundlage sozialistischer Demokratie. Lenin betont das Spannungsverhältnis zwischen Diktatur und Demokratie: „*In Wirklichkeit ist diese Periode unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes, folglich muss auch der Staat dieser Periode unvermeidlich auf neue Art demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und auf neue Art*

diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein“ [2]. Unter diesem Widerspruch – unterdrückend und demokratisch zugleich – steht sozialistische Demokratie.

Rosa Luxemburg betonte den Unterschied zur bürgerlichen Demokratie: Sie wollte die regierte Masse als regierende Masse sehen – übrigens nicht anders als Lenin, dessen Ziel es war, dass jede Köchin es lernen müsse, den Staat zu leiten. Die Diktatur des Proletariats müsse, so Luxemburg, das „*Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h. sie muss auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen*“ [3]. Damit wird deutlich gesagt, dass die Arbeiterklasse es erst lernen muss, Betriebe und Staat zu leiten und die Hegemonie in der Gesellschaft zu erringen, was die Grundvoraussetzung für eine dauerhafte Herrschaft der Arbeiterklasse ist. Sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR wurde das relativ schnell

realisiert, gibt es glänzende Beispiele für die Leistungen einfacher Arbeiter und Bauern, die führende Positionen in Staat und Betrieben einnahmen.

Kein Selbstläufer

Die Rolle der Avantgarde kann nicht festgeschrieben werden, auch nicht in der Verfassung – das stellte sich als eher kontraproduktiv heraus, sondern sie muss immer wieder neu erworben und gefestigt werden. Sozialistische Demokratie ist nichts Statisches. Es geht im Sozialismus noch sehr lange um die Frage wer wen, auch dann noch, wenn die Eigentumsverhältnisse entschieden sind, wenn die Bourgeoisie keine ökonomische Macht mehr besitzt. Anders als im Imperialismus ist der Sozialismus auf die aktive Unterstützung, die freiwillige Mitarbeit, die bewusste Übernahme von Verantwortung der Arbeiterklasse angewiesen. Sonst bleiben Volkseigentum und genossenschaftliches Eigentum dieses nur dem Namen nach, werden vernachlässigt, geplündert und heruntergewirtschaftet. Ohne Steigerung der Produktion keine Verbesserung des Lebensstandards, die Verbindung von Produktion und Demokratie kennzeichnete den gesellschaftlichen Prozess. Gerade im Betrieb, in den Selbstverwaltungsorganen muss die Arbeiterklasse mitarbeiten und die Richtung vorgeben können. Sozialistische Demokratie ist eben nicht bloß auf den politischen und rechtlichen Rahmen begrenzt, die Trennung von politischer und sozialer Sphäre ist aufgehoben.

Wenn der Kommunismus die Hegemonie in der Gesellschaft erreichen und erhalten will, müssen sowohl die richtige revolutionäre Linie als auch die Verbindung mit den Massen und die Kontrolle durch die Massen gewährleistet sein. Rosa Luxemburg fordert die „*öffentliche Kontrolle*“ [4] und die „*politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmassen*“ [5], um diese zu befähigen, ihrer Kontrollaufgabe auch nachkommen zu können. Die Arbeiterklasse als ganze muss ihre Rolle als entscheidende Produktivkraft und als bestimmende in Staat und Gesellschaft erkennen und wahrnehmen.

Dies sind natürlich nur einige Aspekte dieses umfangreichen Themas. Hinzu kommt, dass die Formen sozialistischer Demokratie in den sozialistischen Ländern durchaus verschieden waren und sind [6].

„Wessen sollten wir uns rühmen als der DDR?“ (Peter Hacks)

Wie ist es in der DDR gelungen, diese Ziele umzusetzen? Die Frage ist nicht zu trennen vom Stand des internationalen Klassenkampfes und seinen besonderen nationalen Bedingungen. Die Niederlage des Sozialismus kann weder allein auf seine inneren Widersprüche und seine Fehler zurückgeführt werden, noch auf den ununterbrochenen Angriff des Imperialismus. Jeder Erfolg der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern, jeder Befreiungsschlag eines der abhängigen Länder verschaffte den sozialistischen Ländern mehr Luft zum Atmen. Jede Niederlage, jede Stagnation der Arbeiterbewegung – wie wir sie in den Kernländern des Imperialismus nicht verhindern konnten – vergrößerte den Druck auf sie, nahm ihnen Mut und Zuversicht, begünstigte revisionistische Tendenzen.

Die Ausgangsbedingungen der DDR waren zunächst nicht günstig für den Aufbau des Sozialismus: von den Zerstörungen des Kriegs schwer getroffen, ökonomisch benachteiligt durch die in Folge der deutschen Teilung entstandenen riesigen Disproportionen in Industrie und Verkehrswesen, gebeugt von der Last der Reparationen an die Sowjetunion. Anfangs war das Bewusstsein auch von Teilen der Arbeiterklasse noch durch die faschistische Herrschaft und Ideologie beeinflusst. Es wirkte sich aus, dass die Befreiung nicht aus eigener Kraft erfolgt war. Die imperialistische Propaganda hatte im schnell beginnenden Kalten Krieg, mehr noch als in anderen Staaten Osteuropas, durch die gespaltene Nation zahlreiche Ansatzmöglichkeiten: durch die gleiche Sprache, viele Familienverbindungen und kulturelle Kontakte war die DDR besonders verletzlich. „*Verheerende Auswirkungen auf die Bewusstseinsentwicklung*“ [7] hatte, laut Ulrich Huar, das westliche Warenangebot und die DM-West als quasi zweite Währung.

Ein objektives Problem in allen Staaten der Diktatur des Proletariats ist, dass die notwendige Unterdrückung der Bourgeoisie auch zur Einschränkung oder Unterdrückung von Kritik innerhalb der Arbeiterklasse führen kann. Kritik an der Partei oder an staatlichen Institutionen konnte als Abkehr vom Sozialismus gewertet werden und wurde so auch vom Westen instrumentalisiert, so dass Kritik mit dem Ziel der Verbesserung des Sozialismus erschwert wurde und zum Teil deshalb auch bewusst unterblieb. Die Unterscheidung zwischen Widersprüchen im Volk und Widersprüchen zum Feind, die schon generell schwierig zu treffen ist, war in der DDR noch schwieriger als in anderen sozialistischen Staaten.

Eine Niederlagenanalyse ist mit den folgenden Artikeln, denen weitere in den nächsten Nummern folgen sollen (z. B. zur SED), nicht geplant – das ist ein anderes Thema. Trotzdem sei die These gewagt: An Mangel an Demokratie ist die DDR nicht zugrunde gegangen, auch wenn es sehr wohl eine Menge berechtigter Kritik an der Umsetzung sozialistischer Demokratie in der DDR gab und gibt.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Lenin, Staat und Revolution, LW Band 25, S. 469
- [2] Lenin, Staat und Revolution, Ausgew. Werke, Moskau 1946, Bd. II, S. 183
- [3] Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, Berlin 1990, S. 160
- [4] Luxemburg, a. a. O., S. 155
- [5] Luxemburg, a. a. O., S. 150
- [6] Wir weisen z. B. auf die Artikel aus der VR China auf www.secarts.org hin.
- [7] Ulrich Huar, in: Weißenseer Blätter, 4/1999, S. 47; Wir empfehlen den Artikel in Heft 2, 3 und 4/1999; zu finden bei www.Triller-online.de



DEMOKRATIE IN DER DDR – MEHR ALS NUR DIE GLEICHHEIT VOR DEM GESETZ

Vielfach wird bestritten, dass es in der DDR Demokratie gegeben habe. Dazu wird fehlende oder eingeschränkte Meinungsfreiheit, fehlende Unabhängigkeit der Richter, der Ausschluss eines Regierungswechsels durch freie Wahlen, Rechtsverletzungen u. ä. ins Feld geführt.

Doch beginnen wir mit der Definition von Demokratie. Das Wort stammt aus dem Griechischen. Es besteht aus den Wortbestandteilen Volk (griechisch demos) und Herrschaft (abgeleitet vom griechischen Wort kratein = herrschen). Demokratie bedeutet somit *Volksherrschaft* [1].

Dieser Grundbegriff enthält zwei substantielle Begriffe: Volk und Herrschaft

Arbeiter- und Bauernmacht

In Art. 1 der DDR-Verfassung von 1968 war dieser Begriff in der Kennzeichnung der DDR als „politische Organisation der Werktätige in Stadt und Land“ eindeutig bestimmt, was in der Verfassung von 1974 – klassenmäßig – durch die Bezeichnung der DDR als „ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ weiter präzisiert wurde [2]. In Parteidokumenten sowie in einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen setzte sich der Begriff Arbeiter- und Bauernmacht bzw. -staat durch und wurde im Sinne eines Staates vom Typ der Diktatur des Proletariats verstanden [3].

Diese Kennzeichnung entsprach der gesellschaftlichen Realität, die im Ergebnis der Umwälzung der 40er und 50er Jahre entstanden war. In der DDR gab es keine großen Kapitalisten, seit 1974 gar keine mehr. Dies widerspiegelte sich im Alltag darin, dass man in der DDR keinen krassen Gegensatz zwischen arm und reich kannte; es gab keine superreichen Millionäre oder gar Milliardäre auf der einen Seite und keine Obdachlosen oder Hartz-IV-Empfänger auf der anderen Seite.

Deshalb war das Volk der DDR – objektiv sozialökonomisch – weitgehend homogen, wenn auch die bürgerliche Ideologie in vielen Köpfen noch nicht beseitigt war. Es bestand infolge der Überwindung von Klassengegensätzen innerhalb der DDR ein grundsätzliches übereinstimmendes Interesse an der Erhaltung des Friedens, das Interesse an einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bürger durch eigene Arbeit, das Interesse an gesunden Familien usw. Der überwiegenden Mehrheit lag die Gewährleistung nicht nur der politischen, sondern auch der sozialen Grund- und Menschenrechte am Herzen, wie sie in Art. 19 ff der DDR-Verfassung verankert waren [4].

„Volksherrschaft“ in der BRD unmöglich

Wie sieht es dagegen mit dem Begriff „Volk“ in der BRD aus? Erlauben die unbestreitbaren Klassengegensätze in dieser Gesellschaft, die sich in den letzten Jahrzehnten nach dem Ende der DDR massiv weiter verschärften, von *einem* Volke zu sprechen? Zwar geht der Begriff „deutsches Volk“ von dieser Einheit im Gegensatz zum englischen oder italienischen Volk usw. aus. Wenn jedoch vom „Volk“ gesprochen wird, so ist das „niedere Volk“, sind die Arbeiter gemeint [5].

Es ist offensichtlich: *ein* Volk gibt es in der BRD nicht. Mithin kann es in der BRD keine Volksherrschaft geben, was allerdings unter der Hülle des Parlamentarismus verschleiert wird.

Kommen wir zur Frage der Herrschaft. In der BRD haben wir es mit einer durch tiefe Klassengegensätze gespaltenen Gesellschaft zu tun, mit wenigen Eigentümern an Produktionsmitteln auf der einen Seite und der Masse an Eigentumslosen auf der anderen Seite. Unabhängig von jeglicher Diskussion über Demokratie und deren Formen bleibt die fundamentale gesellschaftliche Tatsache, dass die Eigentümer an den Produktionsmitteln

und weiteren bedeutenden wirtschaftlichen Werten in ihrer Gesamtheit die maßgebliche, ja absolute ökonomische Kraft aufweisen, das Leben im Lande zu bestimmen.

Nichts geht in dieser Gesellschaft gegen die großen Konzerne, gegen das Finanzkapital. Keine Bundesregierung konnte es wagen, deren ökonomische Macht anzutasten.

Es erweist sich – heute noch deutlicher als je zuvor – die Richtigkeit jener Erkenntnis von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet“ [6]. Dass der Kampf gegen die sozialistischen Länder unter dem Slogan „freedom and democracy“, Freiheit und Demokratie, geführt wurde und wird, ist paradox.

Volkseigentum Voraussetzung der Demokratie

In der DDR war infolge der Aufhebung der Klasse der Kapitalisten als Klasse die Herrschaft des Volkes eine „Herrschaft über sich selbst“, über das allen Bürgern gemeinsam gehörende „sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln“ (in der Form von gesamtgesellschaftlichem Volkseigentum und von genossenschaftlichem Gemeineigentum) in der Verfassung von 1968 in den Art. 9 ff verankert [7].

Die entschädigungslose Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten wurde durch den Volksentscheid vom 30. Juni 1946 bei riesiger Beteiligung der Bürger von 94,1 % und einem Anteil von 77,7% Ja-Stimmen erreicht. Doch war dies nur unter den spezifischen Bedingungen des Einmarsches der Roten Armee möglich gewesen. Auf der gleichen Linie lag die Durchführung der Bodenreform, die in ganz Deutschland überfällig war. Im Sinne des Potsdamer Abkommens wurde damit begonnen, die wirtschaftlichen

Grundlagen des deutschen Militarismus, insbesondere in Gestalt des preußischen Junkertums zu beseitigen.

Dieser historische Vorgang war keineswegs nur ein ostdeutscher. Damals gab es auch in Westdeutschland dahingehende Bewegungen und Bestrebungen: In Hessen wurde durch den Volksentscheid am 1. 12. 1946 (mit 71,9 %) im Art. 41 der Hessischen Verfassung die Überführung der Grundstoffindustrie und Banken in Gemeineigentum vorgesehen. Die US-amerikanische Besatzungsmacht als Militärregierung suspendierte diesen Artikel. Mit der Inkraftsetzung des GG hatte dies seine definitive „Erledigung“ gefunden, da Bundesrecht Landesrecht bricht.

Eine Entwicklung in der BRD, die auch nur ansatzweise in diese Richtung ging, wurde und wird durch das Grundgesetz verwehrt. Die Art. 1, 2, 12 und 14 garantieren den Kapitalisten ihre ökonomische Herrschaft, insbesondere dem Finanzkapital. Der in manchen Fassungen des Grundgesetzes mit „Sozialisierung“ überschriebenen Art. 15 war 1948 dem Zeitgeist geschuldet [8] und dient heute der Irreführung. Denn solche ist, wie auch eine „Enteignung“ nach Art. 14 Abs. 3 GG ausschließlich gegen Entschädigung zulässig. Der Kapitalismus bleibt auf jeden Fall erhalten.

Somit ist festzuhalten:

Durch die Begründung von Volkseigentum wurde in der DDR Demokratie erst möglich. Das Volk der DDR war kollektiver Eigentümer der Produktionsmittel. Es hatte die ökonomische Macht, und konnte so auch die politische Macht ausüben: erst die Veränderung der Eigentumsverhältnisse machte die Ausübung von Demokratie, sozialistischer Demokratie möglich [9].

Wie gut oder wie schlecht sie im Einzelnen gewesen war, das bedarf weiterer Erörterung.

** Der Autor war Professor für Strafrecht an der Humboldt Universität in Berlin und Leiter des Instituts für Strafrecht, ab 1976 Direktor der Sektion Rechtswissenschaft. Er gilt als der beste Kenner des DDR-Strafrechts.*

Zum Thema „Unrechtsstaat“ und den Vorwürfen an die Justiz hat Erich Buchholz bereits in T&P 19 Stellung genommen: www.theoriepraxis.wordpress.com

Quellen und Anmerkungen

- [1] Inwieweit gab es im alten Griechenland Demokratie? Die Gesellschaft war eine Sklavenhaltergesellschaft, und Demokratie in den städtischen Gemeinschaften gab es nur für die Vollbürger, die in überschaubarer Zahl auf dem Markt (agora) zusammentrafen und die Angelegenheiten der Stadt besprachen und entschieden.
- [2] Zu diesen gehörten nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern vor allem die Bauern, die sich in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammengeschlossen hatten, die Handwerker, von denen viele ebenfalls in Genossenschaften vereint waren, kleine Gewerbetreibende, Selbstständige und freiberuflich Tätige verschiedenster Art; mittelbar auch die Rentner und Invaliden sowie die Kinder der Werktätigen.
- [3] So z. B. Ulbricht in seinem Referat auf dem VI. Parteitag der SED: Der Staat in der DDR habe sich vom antifaschistisch-demokratischen Staat zum Arbeiter- und Bauernstaat (Diktatur des Proletariats) entwickelt.
- [4] In meinem 2010 im Wiljo Heinen Verlag erschienenen Buch „Rechtsgewinne? Welche Rechte gewannen die DDR-Bürger durch den

Beitritt? Haben sie Rechte verloren?“ wurden nicht nur die verfassungsmäßigen Rechte, sondern auch Rechte aus dem Arbeitsrecht, dem Mietrecht und dem Familienrecht im Einzelnen untersucht.

- [5] Die bürgerliche Demokratie kennt nur die formale Gleichheit vor dem Gesetz und hat die Unfreiheit in der Produktionssphäre zur Voraussetzung. Die Demokratie wird auf eine repräsentative Demokratie reduziert, d. h. auf das Abgeben der Stimme für die Wahl von Abgeordneten. Selbst das gilt jedoch nicht für die Immigranten, erst wenn sie ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben für die deutsche. Das Staatsbürgerrecht der BRD beruht auf dem Bluts- oder Abstammungsrecht, nicht auf dem Territorialrecht wie z. B. in Frankreich, wo jedes Kind, das auf seinem Territorium geboren wird, automatisch die französische Staatsbürgerschaft besitzt.
- [6] Im Abschnitt Bourgeoisie und Proletariat.
- [7] Art. 12 listete auf, was alles zum Volkseigentum gehörte, so auch Bodenschätze, Banken, das Transportwesen u. a. m. Privateigentum daran war ausdrücklich verboten!
- [8] Ich erwähne nur das Ahlener Programm der CDU.
- [9] Dementsprechend beruhte die politische Macht des aufsteigenden Bürgertums auf der bürgerlich-demokratischen Revolution, die sie dann allerdings dem Proletariat vorenthielt. Umgekehrt ging die Beseitigung der Demokratie mit der ökonomischen Enteignung Hand in Hand. Im Gefolge der konterrevolutionären Zerschlagung der DDR wurden die Bürger dieses Staates nach Strich und Faden enteignet, ihres gemeinsamen Eigentums beraubt, und damit entmachtet und politisch entmündigt.



DEMOKRATIE, DIE NICHT AM WERKSTOR ENDETE

*Sozialistische Demokratie und Mitbestimmung in den Betrieben der DDR
am Beispiel des VEB Chemiekombinat Bitterfeld-Stammbetrieb.*

Die DDR war für mich die größte Erregungenschaft der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Fall des Sozialistengesetzes, weil dem Kapital nicht nur einige Vergünstigungen abgetrotzt wurden, sondern die Menschen in der DDR sich von Ausbeutung und Krieg befreit hatten.

Recht wurde für alle Bürger der DDR ohne Ausnahme durch eine antifaschistische, antimilitaristische, antiimperialistische von der ersten Volkskammer am 7. Oktober 1949 beschlossene Verfassung und darauf fußenden Gesetzen gesetzt. „Das Recht kann nie höher sein, als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft“, heißt es bei Karl Marx [1], weshalb die Verfassung diesem Fortschritt der ökonomischen Gestaltung der Gesellschaft entsprechend mehrfach fortgeschrieben und stets mit großer Mehrheit von der Bevölkerung gebilligt wurde. Auf dieser Grundlage entstand 1977 auch das Gesetzbuch der Arbeit.

Das Grundgesetz hat nie ein Verfassungsreferendum durch den mündigen Bürger erlebt. In der alten BRD wurde nicht enteignet, wie es der alliierte Kontrollrat vorsah, sondern bestenfalls entflochten. Unter anderem deshalb war und ist die DDR seitdem der „Unrechtsstaat“.

Die DDR hat damals die Reparationen für Deutschland zu 97 % u. a. durch Demontagen der Rüstungsbetriebe entrichtet. Nach der Rückgabe der beschlagnahmten und demontierten SAG-Betriebe [2] an die DDR, der Beseitigung der Kriegsschäden, begann mit der schrittweisen Überwindung der kapitalistischen die Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse, die noch die Muttermaie der alten Gesellschaft trugen. Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung, war das Verteilungsprinzip. Es konnte aber nur verteilt werden, was vorher ohne Marshallplanhilfen aus eigener Kraft erarbeitet worden war.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit war Verfassungsgrundsatz.

Von der IG Farben zum volkseigenen Betrieb

Das traf selbstverständlich auch auf das Chemiekombinat Bitterfeld zu, in dem ich 30 Jahre tätig war [3]. Dieser volkseigene Betrieb entstand aus den IG Farben Betriebsgemeinschaft Bitterfeld, die 1945 eine Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaft und 1954 an die DDR zurückübertragen wurde. Ab 1969 firmierte es als VEB Chemiekombinat Bitterfeld – Stammbetrieb, das 1990 auf eine fast 100-jährige Chemiegeschichte blicken konnte. 17.500 Mitarbeiter produzierten 1989 ca. 4000 Produkte für Inland und Export mit einem Grundfondsbestand von ca. 9,7 Mrd. Mark. Im Zeitraum von 1950 bis 1990 wurden insgesamt Investitionen in Höhe von 8 Mrd. Mark getätigt und 20 alte, die Umwelt belastende Produktionsanlagen stillgelegt bzw. durch Neuanlagen ersetzt. Die modernste Neuanlage für über 1 Mrd. Mark wurde 1988 in Betrieb genommen. Von marode konnte also keine Rede sein. Zum 31. 12. 1989, dem letzten Erfolgjahr, hat der Stammbetrieb einen Umsatz von 4646,6 Mio. Mark ausgewiesen, der einem Wert von 1158,8 Mio. Euro entsprochen hätte. Nach Abzug aller Kosten betrug der Gewinn 164 Mio. Mark.

Das war unser Beitrag zur Bruttoinlandsproduktgröße pro Kopf der Bevölkerung in Höhe von 8114,32 Ecu [4] und bedeutete damals im Vergleich mit den Ländern der EU den 9. Platz „trotz des Embargos und des Marshallplanes, der schärfsten und langfristig wirksamsten Waffe auf dem wirtschaftlichen Schauplatz“ [5].

Rolle der Gewerkschaft

Demokratie und Mitbestimmung im Betrieb wurden durch die ständige Einbeziehung der Mitarbeiter in das Plan-geschehen, mit der Diskussion der Planvorgaben und das Wetteifern um seine

Erfüllung im Wettbewerb von Kollektiv zu Kollektiv realisiert. Die Industriegerwerkschaft Chemie, Glas und Keramik nahm darauf aktiven Einfluss. Sie hatte verbürgte Mitbestimmungsrechte für Lohn und Prämie, den Gesundheits- und Arbeitsschutz, die Kontrolle über die Einhaltung des Arbeitsrechts und die Prozessvertretung in Arbeitsrechtsstreitigkeiten bei Gericht. In den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen wurde auch ständig über die erreichten Planergebnisse berichtet und über die Planziele der Betriebsleitung beraten und abgestimmt. In jedem Frühjahr hat der Generaldirektor – statt vor Aktionären – vor ca. 1000 Vertrauensleuten im großen Saal des Kulturpalastes in seinem Rechenschaftsbericht die Planergebnisse erläutert und zur Diskussion gestellt.

Von unseren 17.500 Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz waren 99,2 % in der Gewerkschaft und 24 % in der SED organisiert. In jedem Jahr waren etwa 800 Lehrlinge in der Ausbildung.

Es gab einen Kreisvorstand der Gewerkschaft für die Gewerkschaftsmitglieder, die in den 20 Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) und den nachgeordneten Abteilungsgewerkschaftsleitungen (AGL) organisiert waren. Insgesamt vertraten 900 gewählte ehrenamtliche Leitungsmitglieder ihre Interessen. Außerdem wurden von den Gewerkschaftsmitgliedern (in den BGL, AGL und Gewerkschaftsgruppen) etwa 4200 sachkundige ehrenamtliche Mitglieder in verschiedene Kommissionen gewählt. So z. B. Bevollmächtigte der Sozialversicherung, Kulturfunktionäre, Arbeitsschutzobleute, Vertrauensleute und Mitglieder von Konfliktkommissionen. Sie haben auch in Übereinstimmung mit den betrieblichen Urlaubsplänen jährlich über die Vergabe der 19.000 Ferienplätze (davon 10.000 in den acht betriebseigenen Ferienheimen) entschieden. Aktive Solidarität war selbstverständlich.

Die Gewerkschaften waren als Interessenvertreter ihrer Belegschaften unsere Verbündeten. Konflikte aller Art mit der Betriebsleitung, die es natürlich auch gab, wurden überwiegend im Konsens durch gemeinsames Handeln bewältigt. Die Verantwortung für alles, was im Betrieb geschah, blieb trotzdem bei den Betriebsleitern, die durch Beruf, Studium und langjährige Betriebszugehörigkeit entsprechend qualifiziert und zum Teil aus der Arbeiterklasse hervorgegangen waren. Das Ziel der Produktion wurde nach reiflicher Diskussion mit dem Plan in Übereinstimmung gebracht und zum Gesetz des Handelns im Betrieb. Im Chemiebetrieb wurde von jedem äußerste Disziplin bei der Einhaltung der Betriebs- und Arbeitsordnungen, den technischen Regeln und Arbeitsschutzvorschriften, im Interesse der Allgemeinheit verlangt. Arbeitsauftrag und Wettbewerbsprogramm bildeten eine Einheit und waren demnach allen Belegschaftsmitgliedern bekannt. Bei Erfüllung und Übererfüllung wurden Prämien aus dem Prämienfonds des Betriebes gezahlt.

Das bezog sich nicht nur auf die materiellen Kennziffern der Warenproduktion, sondern auch auf die geplante Effektivität (Kosten, Material- und Energieverbrauch, Fehlchargen u. ä), das Unfallgeschehen, Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit im Betrieb, Teilnahme am kulturellen Leben und vieles mehr.

Verbesserungsvorschläge aus der Belegschaft

Im Wettbewerb der Arbeitskollektive spielte die Mitarbeit der Belegschaftsmitglieder im Neuererwesen eine große Rolle. Jährlich gab es 4000–5000 Neuerervorschläge, die nicht den Aktionären zugute kamen. So war die materielle Interessiertheit der Arbeit-

ter, Angehörigen der Intelligenz und Angestellten mit der Planerfüllung, der Modernisierung, Rationalisierung und Erneuerung der Produktion sowie der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Gestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsumwelt verbunden.

Unter anderem auch dazu wurden aus dem Kultur- und Sozialfonds finanzielle Mittel bereitgestellt. Dieser Fonds konnte nur mit Zustimmung der Gewerkschaft verwendet werden. Er wurde aus dem Umsatzerlös gebildet und betrug 1989 33,3 Mio. Mark.

Demokratie in einem volkseigenen Betrieb und seine soziale Verantwortung endete nicht am Werkstor. Im Stammbetrieb des Kombinats waren insgesamt 262 Belegschaftsmitglieder aus allen zugelassenen Parteien und Organisationen in den Volksvertretungen wirksam. Durch Ratsbeschlüsse mobilisierten diese Abgeordneten für die Städte und Gemeinden des Kreises Bitterfeld erhebliche Leistungen als vertragliche Vereinbarungen (Kommunalverträge) mit dem Kombinat. Die jämmerliche Armut, von der heute die Kommunen betroffen sind, insolvente Sportvereine und Kulturhäuser, Leiharbeit, Hartz IV, Arbeits- und Obdachlosigkeit waren dadurch in der DDR unbekannt.

Das Kombinat wurde Not leidend, als die SED ihren Willen und die Fähigkeit zur Führung der Gesellschaft im 2. Halbjahr 1989 – unter dem Druck der durch die KPdSU systematisch zerstörten „brüderlichen Beziehungen“ – aufgegeben hatte. Nach der Umwandlung in eine AG durch die Treuhandanstalt wurde es im Interesse der Besitzer der börsennotierten IG Farben Liquidationsanteilschein WKN575907 filetiert und privatisiert [6].

** Der Autor war von 1984 bis 1990 Generaldirektor des volkseigenen Chemiekombinates Bitterfeld und hat eine typische DDR-Biografie: vom Maschinenschlosser zum Diplomingenieur und promovierten Ökonom mit 40 Jahren FDGB- und 36 Jahren SED-Mitgliedschaft.*

Quellen und Anmerkungen

- [1] Karl Marx: „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“, (Gotha) in Marx/Engels Ausgewählte Werke, Band IV, S. 389, Dietz Verlag Berlin, 1972
- [2] SAG = Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaften
- [3] Adolf Eser: „Chemiekombinat war gestern“, Broschüre, Industrie- und Filmmuseum 2009, sowie weitere betriebsinterne Unterlagen, Abschlussbilanzen, Statistiken zur Betriebsgeschichte usw. im Besitz des Autors bzw. im Landesarchiv Sachsen-Anhalt und Stadtarchiv Bitterfeld
- [4] Siegfried Wenzel: „Was war die DDR wert? Versuch einer Abschlussbilanz“, Verlag Neues Leben, Berlin, 2000, S. 62 ff
- [5] Werner Abelshäuser, „Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart“, S. 408, überarbeitete Auflage 2011, Verlag C. H. Beck, München, 2004.
- [6] Die 1945 von den Alliierten beschlossene Zerschlagung der IG Farben wurde in Westdeutschland nicht durchgeführt, sie wurden als *in Abwicklung* weitergeführt. Ihre einzige Aufgabe war es, alte Ansprüche zu verwalten.

Der Artikel kann in einer Langfassung nachgelesen werden unter www.theoriepraxis.wordpress.com



DEMOKRATIE UND DDR-GENOSSENSCHAFTEN

Die Genossenschaftsidee erlebt gegenwärtig eine Renaissance. Die Ideologen des Kapitals hoffen die „Selbsthilfeidee“ dafür benutzen zu können, die Verantwortung für die Krise des Systems dem einzelnen „Marktteilnehmer“ überantworten zu können. Und die „moderne Linke“ ist wieder bei Lasalle, der hoffte, das kapitalistische „eherne Lohngesetz“ mit Hilfe von Genossenschaften überwinden zu können. Wenn die Arbeiter mit den Produktionsgenossenschaften die Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn aufheben, würde ihnen der volle Ertrag ihrer Arbeit zufließen, die Ausbeutung wäre überwunden. Selbst Marx wird als Kronzeuge dieser Idee mit dem Satz zitiert, dass im Kommunismus „alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen“ [1].

Die Erfahrungen mit der Genossenschaftsentwicklung in der Landwirtschaft der DDR ergeben aber ein anderes Bild. Sie ist Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte und der dafür notwendigen Entwicklung der Produktionsverhältnisse. Das war ein historisch lang andauernder gesetzmäßiger Prozess mit vielen DDR-Besonderheiten. Er beinhaltete natürlich auch viele Konflikte, manche Überspitzungen und Fehler. Aber letztlich haben die Bauern den Übergang zur genossenschaftlichen Landwirtschaft seit 1952 selbst gestaltet und sich zur Klasse der Genossenschaftsbauern entwickelt.

Genossenschaftliche Demokratie

Möglichkeiten, Inhalt und Form der Demokratie werden nachhaltig durch die Stellung der Menschen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess bestimmt. Deshalb war die demokratische Bodenreform in Ostdeutschland eine entscheidende Bedingung dafür, dass die Bauern ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen konnten. So entstanden günstige Ausgangsbedingungen für das Bündnis der Bauern mit der Arbeiterklasse.

Die Genossenschaften in der DDR konnten am Genossenschaftsgedanken aus der Zeit vor 1945 anknüpfen: Freiwillig-

keit, Selbstverwaltung, Wirtschaftlichkeit und optimaler Vorteil für jedes Mitglied. Zur Verwirklichung dieser Prinzipien beschlossen die Mitgliederversammlungen ein Statut, in dem das Zusammenwirken der Mitglieder geregelt wird [2]. Das höchste Organ der Genossenschaft ist die Mitgliederversammlung (MV). Es gilt das Prinzip: ein Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Größe des Inventarbeitrages. Die MV wählt den Vorstand, die Revisionskommission und die wichtigsten Leiter. Sie entscheidet über den Plan und die Verwendung des Betriebsergebnisses.

Generell ist jedes Mitglied verpflichtet (LPG-Regelung), für die Tätigkeit der Genossenschaft einen flächenbezogenen Inventarbeitrag in Form landwirtschaftlicher Produktionsmittel oder in Geld bereitzustellen, Arbeitsleistungen in einem Mindestumfang zu erbringen und alles in seinen Kräften stehende für den wirtschaftlichen Erfolg der Genossenschaft zu tun. Daraus leitet sich das Recht ab, an den Entscheidungen der MV teilzunehmen.

Da die Startbedingungen für die LPG-Gründung sehr unterschiedlich waren, entstanden unterschiedliche Typen von LPG mit verschiedenartiger Ausprägung der genossenschaftlichen Demokratie. So wurde z. B. das Genossenschaftsergebnis zu 40 bzw. 20 Prozent nach dem eingebrachten Boden verteilt, der Rest nach Arbeitsleistung. In dem Maße, wie der Anteil des genossenschaftlichen Eigentums wuchs, wuchs auch der Anteil des Betriebsergebnisses, der nach der Arbeitsleistung verteilt wurde.

Mit der Verfügbarkeit immer leistungsfähigerer Produktionsmittel entwickelten sich die Genossenschaften – nach Überwindung ihrer Anlaufschwierigkeiten – stürmisch weiter, z. B. durch die Vergrößerung der Wirtschaftseinheit und Erweiterung der unternehmerischen Tätigkeit (z. B. im handwerklichen, sozialen und kulturellen Bereich), Bildung von zwischenbetrieblichen Einrichtungen bis hin zur territorialen Zusammenführung der Betriebe der Land- und von Teilen der

Nahrungsgüterwirtschaft in Agrarindustrievereinigungen.

Die Genossenschaften haben diese Veränderungen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit immer mit der Weiterentwicklung der innergenossenschaftlichen Demokratie verbunden. Das zeigte sich im Übergang von der LPG Typ I zum Typ III; der Aufnahme von Landarbeitern der Volkseigenen Güter (VEG) [3] und der ehemaligen volkseigenen Maschinen-Traktorenstationen (MTS), die das volle Stimmrecht in der Mitgliederversammlung erhielten, der Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Kooperationsräte und -verbände.

In den Genossenschaften waren teilweise mehrere 100 Genossenschaftsbauern beschäftigt. Das erforderte ein hoch entwickeltes System der Leitung. Wichtige Leiter wurden zwar durch die Mitgliederversammlung gewählt, im operativen Arbeitsprozess galt aber das Prinzip der Einzelleitung, das in bestimmten Abständen durch kollektive Beratungen in den Arbeitskollektiven unterstützt wurde. Demokratie und Leitung wurden deshalb wissenschaftlich erforscht und am einzigen Lehrstuhl für die „Leitung landwirtschaftlicher Betriebe“ in Deutschland gelehrt.

Genossenschaft und Plan

Die Genossenschaften verwirklichten ihre innergenossenschaftliche Demokratie und produzierten als ein Teil der gesamten Volkswirtschaft. Die Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR hat dabei die Entwicklung der Landwirtschaft nachhaltig gefördert und auf den sozialistischen Entwicklungsweg geleitet [4]. Ein wesentlicher Aspekt war dabei die Einbindung der Agrarproduktion in die gesamtgesellschaftliche Planung. Sie entwickelte sich von der Pflichtablieferung für alle Bauern, über Selbstvermarktung der „freien Spitzen“, zu den Planvorgaben für die LPG und später zu den Planvorschlägen durch die LPG, die der Bestätigung durch die staatlichen Leitungen bedurften, bis hin zu den Vertragsabschlüssen mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen entsprechend dem Plan der Ge-

nossenschaft. Die Planwirtschaft umfasste auch die Finanzierung der genossenschaftlichen Arbeit, die Investitionsplanung und die Einflussnahme auf die Verteilung des wirtschaftlichen Ergebnisses an die Genossenschaftsmitglieder und für die Akkumulation. Das Ergebnis war die schrittweise Überwindung der sozialen Unterschiede zwischen Stadt und Land – eine von den Genossenschaftsbauern selbst bestimmte Zukunft.

Eine wesentliche Unterstützung erfuhr die LPG durch die MTS. Sie führten Arbeitsleistungen zu günstigen Preisen durch. Später wurde die MTS-Technik den LPG übergeben. Durch die MTS erfolgte eine umfangreiche wissenschaftliche Beratung der Bauern durch Agronomen und Zootechniker. Mit ihren Kulturhäusern und ihren Dorfkademien leisteten sie einen großen Beitrag für das kulturelle Leben auf den Dörfern. Genossenschaftliche Demokratie und produktive Landwirtschaft lebt von der Bildung der Bauern. Durch die LPG wurden viele Bauernkinder an die Bildungseinrichtungen der DDR delegiert. 1989 besaßen 94,1 Prozent der in der Landwirtschaft Beschäftigten einen Berufsabschluss.

Eine Vielzahl wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen auf allen Gebieten der Agrarproduktion schuf die wissenschaftlichen Grundlagen für die moderne sozialistische Landwirtschaft. Die VEG bildeten dabei die Überleitungseinrichtungen für die neuesten Erkenntnisse, Züchtungen und Techniken.

Kapitalistische Restauration

Nach 1989 waren die LPG politisch nicht gewollt und mussten sich umstrukturieren. Dieser Prozess war mit schwerwiegenden ökonomischen Schäden und Massenarbeitslosigkeit verbunden. 90 % der Beschäftigten schieden aus den landwirtschaftlichen Betrieben aus. Es entstanden eingetragene Genossenschaften (eG), GmbH oder Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) und etwa 27.000 Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetriebe. In den eG wird das Prinzip „ein Mann, eine Stimme“ zunehmend durch ein Stimmrecht nach Kapitalanteilen ersetzt. Die Rolle des Geschäftsführers wird aufgewertet. Die Entwicklung der Betriebe unterliegt der kapitalistischen Konkurrenz.

Um die eingetragene Genossenschaft wieder zu einem Element für eine sozialistische Entwicklung zu machen, muss deren kapitalistischer Charakter überwunden werden.

** Der Autor wurde 1936, als erstes von acht Kindern eines Kleinbauern geboren, studierte Landwirtschaftswissenschaften und Agrarpädagogik, arbeitete sieben Jahre als Mitglied in einer LPG. Nach der Habilitation 1985, Berufung zum Professor für das Fachgebiet Rechnungswesen und Statistik in der Landwirtschaft. 1991 Abberufung wegen „Wegfall des Berufungsgebietes“, sechs Jahre Agrarreferent der Bundestagsfraktion der PDS bis zum Renteneintritt.*

Quellen und Anmerkungen

- [1] Siehe dazu Karl Marx. Kritik des Gothaer Programms, MEW19
- [2] Die Rahmenbedingungen wurden durch das LPG-Gesetz fixiert, das entsprechend der Entwicklung der LPG vervollkommen wurde. Siehe dazu auch Otto Rosenkranz: Handbuch des Genossenschaftsbauern, Auszüge unter www.triller-online.de/g0487.htm
- [3] Ein Volkseigenes Gut (VEG) war keine Genossenschaft, sondern hatte die Rechtsform eines volkseigenen Betriebes
- [4] Siehe dazu: Wolfram Triller: Der Wandel der Klassenverhältnisse in der Landwirtschaft (in Ostdeutschland), www.triller-online.de/k0054.htm



Arnold Schölzel

DIE LUST AM WIDERSPRUCH

Eine Veranstaltung in Berlin für den Philosophen Hans Heinz Holz

Mehr als 200 Interessierte – zum Teil von weither angereist – fanden sich am 25. Februar im Münzenbergsaal des Neuen-Deutschland-Gebäudes am Berliner Franz-Mehring-Platz ein. Die Landesleitung der DKP Berlin, die Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen der DKP, die Tageszeitung junge Welt und die Zeitschrift *RotFuchs* hatten unter dem Titel „Die Einheit von Politik und Philosophie im Kampf für den Kommunismus“ zu einer Veranstaltung für Hans Heinz Holz eingeladen. Geplant war die Tagung – in Abstimmung mit dem bereits schwer erkrankten Universalgelehrten und Philosophen – zu

dessen 85. Geburtstag am 26. Februar. Doch am 11. Dezember 2011 verstarb Holz an seinem Wohnort im schweizerischen Sant' Abbondio, so fand nun ein Gedenkkolloquium statt.

Es wurde ein ebenso langer wie bemerkenswerter Tag. Es ging um Politik von Kommunisten heute, um philosophische Forschung und um persönliche Erlebnisse mit dem Denker, über die zum Abschluss *RotFuchs*-Chefredakteur Klaus Steiniger sprach, aber auch um die Wirkung der Arbeiten von Holz auf Kuba und in der Türkei. Er selbst war in Filmaufnahmen zu sehen, zen-

trale Begriffe seiner philosophischen Arbeit erläuternd. Großen Beifall erntete der Pianist und Sänger Klaus Linder, der Lieder von Hanns Eisler, Kurt Weill und Georg Kreisler vortrug.

Parteidisziplin – kein Kadavergehorsam

Der erste Teil der Tagung war der politischen Tätigkeit von Holz gewidmet. Der Vorsitzende des Berliner DKP-Landesverbandes, Rainer Perschewski, und Patrik Köbele, stellvertretender Bundesvorsitzender, erinnerten an Holz' Mitarbeit in der Partei. Im Schaf-



fen des Philosophen, so Porschewski, sei „alles nach vorn gerichtet“. Daran wolle die Veranstaltung anknüpfen. Köbele nannte analog im Anschluss an Holz den Marxismus-Leninismus eine „Weltanschauung der Zukunft“. Er schilderte Begegnungen in einer Essener Grundorganisation, an die „Lust am Widerspruch“ des Verstorbenen und seine zugleich strikte Beachtung der Parteidisziplin, die Holz nicht als Unterordnung, sondern als entstanden aus der Aufhebung von sozialem Kadavergehorsam begriffen habe. Eine Maxime, die von ihm zu übernehmen sei, laute: „Sich das Erkennen schwer machen.“ Denn Dialektik denke stets gegen den Augenschein.

Über „das Parteimitglied, den Parteigenossen und Parteipolitiker“ sprach auch Hans-Peter Brenner, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, im ersten Hauptreferat der Veranstaltung: „Für ihn galten die Leninschen Prinzipien der Partetheorie und des demokratischen Zentralismus; er lehnte aus Prinzip eine in Fraktionen gegeneinander arbeitende Partei als Typ eines angeblichen „modernen und pluraleren Marxismus-Verständnisses“ ab. Leninismus sei für Holz, der seit Studententagen Mitglied der KPD gewesen sei, die Einheit von Theorie und revolutionärer Praxis in der Epoche des Imperialismus gewesen, „wobei die Theorie nicht etwa ein für die Praxis zurechtgestutzter Marxismus im Kleinformat ist“. Brenner würdigte insbesondere die Mitarbeit von Holz an den programmatischen Dokumenten der DKP seit 1990 und seine Auseinandersetzung mit den „Thesen des Sekretariats“, die er in wesentlichen Teilen als unvereinbar mit dem Parteiprogramm bezeichnete. Das Werk von Hans Heinz Holz sei „Teil des Erbes der DKP“, die – so der Redner – „in der ungebrochenen Tradition der KPD“ stehe.

Vermittler zwischen ost- und westdeutschen Kommunisten

Wolfram Triller ergänzte dies mit Berichten über das Engagement Holz' für das Zusammenführen von ost- und westdeutschen Kommunisten, für die Zeitschriften *Theorie & Praxis* und *RotFuchs*. Holz habe angesichts der großen Kulturunterschiede zwischen Ost und West vermitteln können. Während die Linkspartei keine Wiedergewinnung der Arbeiterklasse anstrebe, Ostdeutschland

von der Niederlage des Sozialismus geprägt sei, habe die DKP die kommunistischen Positionen verteidigt. Triller verwies auf einen zentralen philosophischen Ansatz in Holz' Denken, das „Prinzip des Gesamtzusammenhangs und die dialektische Methode“. Der Widerspruch fungiere aus dieser Sicht als „Aufdeckung des Wesens gesellschaftlicher Entwicklung“. Dem habe sich tieferes Suchen gerade auch bei der Erforschung der Geschichte des realen Sozialismus zu stellen. Es habe Verbrechen gegeben, entscheidend aber seien bei der Analyse nicht nur die subjektiven Verhältnisse, sondern vor allem die objektiven Bedingungen.

Alfred Noll, der für den erkrankten Friedrich-Martin Balzer einsprang, skizzierte die Publizistik von Hans Heinz Holz in den letzten Jahren. Die Bedeutung seines Werkes gehe zurück auf einen „Plan“, den dieser bereits in den 40er Jahren verfolgt habe. Charakteristisch für Holz sei ein „spezifisches Verhältnis von Haltung und Philosophie“ gewesen, genauer: Jede Form der Niederlage sei nur Ansporn gewesen. Noll hob hervor, welche bedeutende Rolle Kunst, Literatur und Theater im Schaffen von Holz spielten. Ihm sei in langen Phasen der Verweigerung beruflichen Erfolgs eine „eiserne Haltung“ aufgezwungen worden. Zugleich demonstrierte sein Werk, dass die begriffliche Arbeit des Philosophen nur gelinge, wenn das sinnliche, das ästhetische Vermögen geschult worden sei.

Aydin Cubukcu, Mitglied des Parteivorstandes der türkischen marxistischen Arbeiterpartei EMEP, würdigte Hans Heinz Holz als einen Denker, der sich 1991 jenen entgegengestellt habe, die im Zerfall der Sowjetunion auch einen Zerfall der kommunistischen Idee gesehen hätten. Das habe mit seinem Ethos zu tun, vor allem aber mit seinem Ausgehen von der Totalität, der Einheit von Denken und Arbeit, von Theorie und Praxis. Sein Lebenswerk habe deswegen auch besonderen politischen Wert.

Mit Losurdo die Bedeutung Hegels verstehen

Höhepunkt des zweiten Teils der Konferenz war das Referat des italienischen Philosophen und Historikers Domenico Losurdo über die „Einheit von Philosophie und Politik“. Sein Ausgangspunkt

war die Frage: Warum ist Hegels Philosophie so wichtig für die revolutionäre Theorie und Praxis? Am Beispiel der Hegelschen Wendung „Das Wahre ist das Ganze“, in dem einige „Totalitarismus“ witterten, betonte er: „Wir können das Demokratieproblem nicht verstehen, ohne die kolonialisierten Völker einzubeziehen.“ Totalitarismus liege dort vor, wo deren Lage verschwiegen werde. Er illustrierte dies an Hand der Analyse, die Alexis de Tocqueville im 19. Jahrhundert an der US-Demokratie vornahm. Der französische Intellektuelle habe die Lage der Sklaven und der Ureinwohner Nordamerikas nicht verschwiegen. Das habe sich im 20. Jahrhundert bei der Untersuchung der westlichen Demokratien verändert, wo z. B. über medizinische Experimente an Indigenas nichts verlaute, die Politik der Rassentrennung unberücksichtigt bleibe. Dies und vieles andere besage allerdings: „Die sogenannte freie Welt ist die der schlimmsten Unterdrückung.“

Analog gelte für die Oktoberrevolution: Ihre Komplexität sei ohne die Umstände, unter denen sie stattfand, nicht zu verstehen, z. B. der Angriff von 19 Interventionsmächten unter Führung der USA und Großbritanniens.

Wie könne aber Wirklichkeit begriffen werden. Ein „landläufiger Empirismus“ führe heutige Kriege auf strategische Interessen oder die nötige Ölversorgung des Westens zurück. Verheerender als das sei der von Hegel sogenannte „absolute Empirismus“, den z. B. Jürgen Habermas an der Seite jener vertrete, die meinten, Kriege für „universelle Werte“ seien gerechtfertigt. Dabei handele es sich um „schlimmsten Positivismus“. Denn es gebe Begriffe, die nicht universalisiert werden könnten, ohne negiert zu werden. Hegel habe daher die „bestimmte Negation“ eingefordert, die heute durch Denker wie Michel Foucault und seine Schule eliminiert werde. Wenn Foucault von einer „Mikrophysik der Macht“ spreche, sei jede gesellschaftliche Beziehung zur „Macht“ erklärt, etwa die Gleichwertigkeit von Sklaverei und zwischenmenschlicher Beziehung erklärt.

Die Frage sei, wie die herrschenden Verhältnisse verändert werden könnten. Sowohl Hegel wie auch z. B. Adam Smith hätten die formelle Freiheit hoch geschätzt. Angesichts der Tatsache

aber, dass in den USA eine Herrschaft freier weißer Sklavenbesitzer existierte, sei auch Smith für die Beschneidung von deren Freiheit gewesen. Analog habe Hegel für die Beschneidung der Eigentumsrechte in bestimmten Situationen plädiert. Hegel habe deswegen den Rückzug aus dem Kampf um die Veränderung der Verhältnisse als „niederträchtig“ bezeichnet, als moralisch und logisch falsch. Taten und schöne Absichten seien zweierlei. Wer eine

„Bilanz des Kommunismus“ ziehen wolle, müsse danach fragen, wann die Diskriminierung von Armen, Frauen und kolonialen Völkern aufgehoben worden sei. Die Antwort laute: Nach der russischen Revolution von 1917.

Arnold Schölzel legte in seinem Referat Kernpunkte der Dialektikgeschichte dar, die Hans Heinz Holz im vergangenen Jahr in fünf Bänden vorlegte. Abschließend erinnerte der Chef-

redakteur des *RotFuchs*, Klaus Steiniger, an persönliche Begegnungen mit Hans Heinz Holz in Sant'Abbondio.



Richard Corell

DIE LINKEN VERTEIDIGER DER EU ODER DER VERSCHÄMTE CHAUVINISMUS

In einem Artikel zur EU in T&P (*Zur Debatte über die EU/März 2011*) wurden drei Eckpunkte benannt, die Eingang in die Debatte finden sollten:

1. Die EU ist ein reaktionäres Projekt der imperialistischen Länder in Europa.
2. In der EU haben sich imperialistische Unterdrücker-Nationen und vom Imperialismus abhängige unterdrückte Nationen zusammengefunden. Während derzeit die neu in die EU einverlebten Nationen an die Kandare genommen werden und die Beute unter den EU-Großmächten aufgeteilt werden soll, geraten diese unvermeidlich über ihren Anteil an der Beute in Streit.
3. Unverzichtbarer Teil des proletarischen Internationalismus ist die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen in der EU, d. h. das Recht aus der EU auszutreten, sich von ihr loszutrennen.

Genau dies vertritt die KKE: „Die kommunistische Partei Griechenlands ruft das Volk auf, wenn es sich vor der Troika retten will, bewusst und zielgerichtet für die Loslösung Griechenlands aus der EU zu kämpfen.“ Dafür bezieht die KKE nicht nur Prügel, sondern wird auch noch mit Häme übergossen: „Auch der 25. Generalstreik würde die Lage der griechischen Bevölkerung nicht strukturell verbessern, denn am anderen Ende dieser Machtdemon-

stration ist im selben Land schlicht niemand mehr, der die Arbeitskraft der Griechen abrufen möchte – alle Räder stehen still, ganz egal, ob ihr starker (?) Arm es will.“ *Alban Werner/Jörg Schindler*, *europas linker don quichotte?* Eine Entgegnung auf Andreas Wehrs Vorschläge zur Europapolitik, *www.pragerfruehling-magazin.de*, 16. 2. 2012

Das ist das Ergebnis der Versöhnung der „Europäischen Linken“ mit der EU. Denn ohne Anerkennung der EU keine Gelder aus Berlin oder Brüssel und damit Ebbe in der Kasse. Dafür gibt man doch gerne mal einen Ablassbrief.

Der KKE und Andreas Wehr [1] wird zudem mehr oder weniger offen ein Rückfall in den Nationalismus unterstellt.

Der Widerstand der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen das Diktat der Imperialisten, allen voran der deutschen Imperialisten, wird für sinnlos und perspektivlos erklärt. Was aber bedeutet es, diesen Widerstand niederzumachen und niederzuschreiben? Das bedeutet, die Allmacht des Imperialismus herauszustreichen und ihn für unüberwindbar zu erklären. Wem nützt das, den Unterdrückern oder den Unterdrückten?

Wir nennen das verschämten Chauvinismus. Verschämt, weil nicht offen das Un-Wort „alternativlos“ für die Europapläne des deutschen Kapitals

gebraucht wird. Verschämt, weil man noch die Hoffnung verbreitet, diese EU demokratisch und sozial ausgestalten zu können und das selbstverständlich friedlich. Früher bezeichnete man solche linken Ausprägungen des Zurückweichens vor dem Imperialismus als sozialimperialistisch, als sozialpazifistisch oder auch als sozialchauvinistisch. Die frühere Übersetzung mit „sozialistisch in Worten, chauvinistisch in der Tat“ kann allerdings nicht wirklich übernommen werden, da seit einiger Zeit das Sozialistische in Wort und Tat der Europäischen Linken am Dahinsiechen ist.

Als theoretischer Hintergrund für diese Haltung wird von Frank Deppe u. a. eine neue Imperialismus-Definition aufgetischt: „Wenn wir im folgenden Text von Imperialismus sprechen, dann meinen wir die offene und latente Gewaltpolitik zur externen Absicherung eines internen Regimes.“ Und weiter: „Von Imperialismus kann überhaupt erst gesprochen werden, wenn staatliche Gewaltpolitik im Spiel ist, die ihrerseits territorial ausgreifend ist und sowohl im Rahmen geltenden Rechts – sei es Völkerrecht oder Zivilrecht – als auch verbunden mit offenem Rechtsbruch (siehe die Kriege im Kosovo oder im Irak) ausgeübt wird“ [2].

Wie gut, dass es Definitionsfreiheit gibt. Da merkt man gleich, woher der Wind weht, der laue Wind von Stiftungen und Fleischtöpfen.



Von Hühnern und Adlern

Dabei berufen sich die Theoriehühner auf den „Adler“ – wie Lenin sie einmal bezeichnete – auf Rosa Luxemburg. Was dabei gern verschwiegen wird, ist die Debatte aus den Jahren 1915 und 1916, in der sich formierenden III. Internationalen. In der Analyse des Imperialismus entwickelt Lenin zwingend den Imperialismus aus der Entwicklung des Kapitalismus selbst, der durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals zur Herausbildung von Monopolen führt. Das Monopol als gesellschaftliches Verhältnis bringt notwendig Drang nach Gewalt, nach Herrschaft und nach Reaktion auf der ganzen Linie. Der Dialektiker Lenin erkennt aber im Monopol auch die wachsende weltweite Vergesellschaftung der Produktion, die unmittelbar an den Sozialismus heranführt, aber keinesfalls von selbst zum Zusammenbruch des Kapitalismus führt. Gegenüber der mechanistischen Theorie Rosa Luxemburgs [3], die den Zusammenbruch des Kapitalismus kommen sieht, wenn das „nichtkapitalistische Weltmilieu“ aufgesogen ist und damit der zwanghaften Expansion und Akkumulation des Kapitals die letzte zahlungsfähige Nachfrage entzogen sind. Demzufolge wird die Revolution auch mit einem Schlag weltweit erwartet. Keine Erkenntnis von ungleichmäßiger Entwicklung und dem Zerbrechen der imperialistischen Kette am schwächsten Glied. Damit kein Verständnis und keine Orientierungshilfe für die großen Revolutionen des 20. Jahrhunderts von Russland 1917, über China bis Vietnam.

Marxismus oder Luxemburgismus in der nationalen Frage

Aus dem beschränkten Imperialismusverständnis leiten sich auch Rosas Schwächen in der nationalen Frage ab [4].

Zusammenfassend schreibt Lenin zur nationalen Frage: „Unter dem Kapitalismus **kann** die nationale (und überhaupt die politische) Unterdrückung **nicht** beseitigt werden. Dazu ist die Aufhebung der Klassen, d. h. die Einführung des Sozialismus **unerlässlich**. Doch wenn der Sozialismus auch auf der Ökonomik begründet ist, erschöpft er sich doch keineswegs darin. Zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung ist ein Fundament notwendig –

die sozialistische Produktion; aber auf diesem Fundament bedarf es noch einer demokratischen Organisation des Staates, einer demokratischen Armee usw. Hat das Proletariat den Kapitalismus in den Sozialismus umgestaltet, so schafft es die **Möglichkeit** für die völlige Beseitigung der nationalen Unterdrückung; diese Möglichkeit wird „nur“ – „nur“! – dann zur Wirklichkeit werden, wenn die Demokratie auf allen Gebieten vollständig durchgeführt sein wird – bis zur Festlegung der Staatsgrenze entsprechend den Sympathien der Bevölkerung, bis zur völligen Freiheit der Lostrennung einschließlich. Auf dieser Basis wird ihrerseits **in der Praxis** die absolute Beseitigung auch der kleinsten nationalen Reibungen, des geringsten nationalen Misstrauens erfolgen und damit die beschleunigte Annäherung und Verschmelzung der Nation, die durch das **Absterben** des Staates vollendet werden wird. Das ist die Theorie des Marxismus ...“ [5].

Aber die Kolleginnen und Kollegen in der Europäischen Linken glauben offensichtlich, dass die Unterdrückung von Nationen und der Nationalismus bereits in der vom Imperialismus geprägten EU überwunden werden könne. So als ob einer der wichtigsten Meilensteine der EU-Entwicklung nicht gerade das Anstacheln von Nationalismus in den Teilstaaten Jugoslawiens gewesen wäre. So als ob jetzt gerade mit der Fiskalunion nicht formell souveräne Staaten direkt von Brüssel – und das heißt vereinfacht gesprochen von der Agentur des deutschen und französischen Imperialismus und deren Finanzoligarchie – kommandiert würden. Und nicht vergessen: Die als Wiedervereinigung getarnte Einverleibung der DDR, die den Großmachtchauvinismus in Deutschland beflügelt hat und den Herrn Kauder, den Lobbyisten von Heckler & Koch, letzthin verkünden ließ: „Man spricht wieder deutsch in Europa“. Aber nach der obigen Definition von Deppe u. a. hat das mit Imperialismus nichts zu tun.

Was aus Missachtung bzw. Unterschätzung der nationalen Frage folgen kann, dazu schreibt Lenin: „Indem die Sozialdemokratie jede Verantwortung für die Folgen der Unterdrückungspolitik des Imperialismus ablehnt, sie aufs Schärfste bekämpft, **tritt sie keineswegs für die Aufrichtung neuer Grenzpfähle in Europa, für die**

Wiederaufrichtung der vom Imperialismus niedergerissenen ein.“ (Hervorgehoben von den Verfassern). „Gegenwärtig sind die ‚Grenzpfähle‘ zwischen Deutschland und Belgien, zwischen Russland und Galizien ‚vom Imperialismus niedergerissen‘ worden. Und die internationale Sozialdemokratie soll gegen ihre Wiederaufrichtung überhaupt sein, in welcher Weise diese auch vor sich gehe?“ [6].

Diese Zeilen wurden 1916, mitten im ersten Weltkrieg, geschrieben und bekanntlich muss man sich vor historischen Analogieschlüssen hüten. Nur, die Machart der Argumentation ist verblüffend ähnlich: Aus dem scheinbar unanfechtbar strahlenden Internationalismus wird unter der Hand eine Rechtfertigung der Schandtaten des Imperialismus. Die vorgebliche „Entgrenzung“ dank EU soll die tatsächliche Verschärfung der Widersprüche zwischen Nationen und zwischen den Klassen in dieser EU übersehen machen, soll vergessen machen, dass die EU sich als Festung nach außen abgrenzt, soll vergessen machen, dass wir ein deutsches Europa ganz in braun schon einmal hatten, vom Atlantik bis zum Kaukasus und von Tunesien bis zum Nordkap ohne Grenzpfähle. Und dass es ab 1939 auch die von Rosa Luxemburg längst totgesagten, aber von Lenin vorher gesehene nationalen Kriege sogar in Europa wieder gab, sogar als Befreiungskriege von vorübergehend besiegt imperialistischen Ländern wie Frankreich oder Italien [7].

Das griechische Ferment

Statt Rechtfertigung des Imperialismus wird von deutschen Linken die Unterstützung des griechischen Volks in seinem Kampf gegen das Diktat aus Berlin und Brüssel und die eigene Kompradorenbourgeoisie erwartet. Von Kommunisten wird erwartet, dass sie heute vor allem den Kampf der griechischen Arbeiterklasse gegen die Abwälzung der kapitalistischen Krisenlasten vorbehaltlos unterstützen – im eigenen Interesse: „Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß die kleinen Nationen, die als selbständiger Faktor im Kampf gegen den Imperialismus machtlos sind, die Rolle eines der Fermente, eines der Bazillen spielen, die dem wahren Gegenspieler des Imperialismus, dem sozialistischen Proletariat, auf den Plan zu treten helfen“ [8].

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Andreas Wehr wurde in „Z“ (Heft 88) von Deppe u. a. als „linker Nationalist“ bezeichnet. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der „Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ und hat „Griechenland, die Krise und der Euro“ veröffentlicht.
- [2] Deppe, Salomon, Solty, Imperialismus, Köln 2011, S. 21, 25
- [3] Ihre Definition des Imperialismus nimmt zwar im Gegensatz zu Deppe Bezug zur Ökonomie, aber gegenüber Lenin springt die Schwäche ins Auge: „Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus.“ (siehe Die Akkumulation des Kapitals, 4. Aufl., Frankfurt 1970, S. 361)

- [4] Es sei hier nur auf die erhellenden und solidarischen Schriften von Lenin verwiesen: „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ LW Bd. 20, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“ LW Bd. 22, S. 326–368 und „Über die Junius-Broschüre“ LW Bd. 22, darin setzt sich Lenin mit der Schrift von Junius (= Rosa Luxemburg) „Die Krise der Sozialdemokratie“ auseinander.
- [5] W. I. Lenin, Werke Bd. 22, S. 331
- [6] W. I. Lenin, Werke Bd. 22 S.340: Hier zitiert Lenin polnische Genossen, die auf der Linie Rosa Luxemburgs argumentieren.
- [7] „Aber man kann ein solches Umschlagen [des imperialistischen Kriegs in einen nationalen] nicht für unmöglich erklären: wenn das Proletariat Europas auf 20 Jahre hinaus ohnmächtig bliebe; wenn dieser Krieg mit Siegen in der Art der Siege Napoleons und mit der

Versklavung einer Reihe lebensfähiger Nationalstaaten endete; wenn der außereuropäische Imperialismus (der japanische und der amerikanische in erster Linie) sich ebenfalls noch 20 Jahre halten könnte, ohne, z. B. infolge eines japanisch-amerikanischen Krieges, in den Sozialismus überzugehen, dann wäre ein großer nationaler Krieg in Europa möglich. Das wäre eine Rückentwicklung Europas um einige Jahrzehnte. Das ist unwahrscheinlich. Es ist aber nicht unmöglich, denn zu glauben, die Weltgeschichte ginge glatt und gleichmäßig vorwärts, ohne manchmal Riesensprünge rückwärts zu machen, ist undialektisch, unwissenschaftlich, theoretisch unrichtig.“ (W. I. Lenin, Werke Bd. 22, S. 315)

- [8] W. I. Lenin, Werke Bd. 22, S. 365



Anton Latzo

„JETZT WIRD IN EUROPA DEUTSCH GESPROCHEN“

Unter der Flagge der „Integration Europas“ war der deutsche Imperialismus seit 1990 bestrebt, innerhalb der EWG die Hegemonie zu erobern. Gleichzeitig mit der Einverleibung der DDR wurde mit der Vorbereitung der EU-Verträge begonnen. Doch zeigte sich schon damals, dass mit der Integration die Gegensätze nicht beseitigt, sondern meistens verschärft und auf neuer Stufe neue hinzugefügt wurden. Die Parole von „einheitlichen Europa“ steht als Synonym für die Expansions- und Hegemonialpolitik des deutschen Monopolkapitals.

Das wird schon in einem Beschluss des Bundesvorstands der CDU über die außenpolitischen Interessen Deutschlands vom 28. April 2003 [1] deutlich, der feststellt: „Für unser Land ergeben sich neue Handlungsspielräume, aber auch neue Anforderungen, die es dringend notwendig machen, sich wieder über die grundlegenden außenpolitischen Interessen Deutschlands bewusst zu werden und davon die wesentlichen Grundlinien unserer Außen-

und Sicherheitspolitik abzuleiten“. Zu diesen Grundlagen gehört die Aufgabe, die für die Politik wie folgt formuliert wird: „Der europäische Einigungsprozess muss weiter vertieft werden.“

Die CDU kommt aber zu der Schlussfolgerung, dass angesichts der heutigen Bedingungen, die sie in „Staaten mit zerfallender Ordnung und von transnational operierenden Terrororganisationen und deren möglicher Verfügung über Massenvernichtungswaffen“ sieht, „sich die Prinzipien der staatlichen Souveränität, territorialen Integrität und das völkerrechtliche Interventionsverbot als alleinige Ordnungsparameter zunehmend problematisch“ erweisen würden [1]. Zunehmend problematisch heißt im Klartext, dass sie „zunehmend“ als fraglich, zweifelhaft angesehen werden. Es wird das Interesse der Autoren sichtbar, das gültige Völkerrecht, die Grundprinzipien dieses Völkerrechts zumindest zu relativieren und damit in Frage zu stellen. Und wozu das? Um politische Ziele ungestört durchsetzen zu können.

Abbau von Souveränitätsrechten durch „Schuldenkrise“

Eine wichtige Etappe in dem längerfristig angelegten Prozess sind die Vorgänge in Zusammenhang mit der Bewältigung der „Schuldenkrise“. In Zusammenhang mit der Zustimmung des Bundestags zur Ausweitung des Euro-Rettungsschirms EFSF meldeten sich führende Vertreter der deutschen Wirtschaft und die Bundeskanzlerin mit der Forderung, dass die verschuldeten Staaten Südeuropas auf zentrale Souveränitätsrechte verzichten sollen [2]. Künftig müsse man sich, so der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dieter Hundt, auf eine Preisgabe demokratischer Hoheitsrechte einstellen. „Eine gemeinsame Währung verlangt auch, dass nationale Souveränität zugunsten gemeinsamen Handelns übertragen wird“ [3]. Auch Bundeskanzlerin Merkel vertritt den Standpunkt, dass es notwendig sei, die nationale Souveränität zunächst der südeuropäischen Staaten aufzuheben. Ihr zufolge soll die EU weitgehenden



Zugriff auf die Haushaltspolitik von Staaten erhalten, die gegen die Euro-Stabilitätskriterien verstoßen. Wörtlich forderte sie „Durchgriffsrechte“, mit denen die Haushalte der betroffenen Länder „für null und nichtig“ erklärt werden können [4].

Wie der *Zugriff* aussehen soll, wurde und wird am Beispiel Griechenland vor-exerziert. Anlässlich eines Besuchs des damaligen griechischen Ministerpräsidenten in Berlin wurde vereinbart, dass *Deutschland* „Hilfen“ in den „Sektoren Energie, Privatisierung, Verwaltungsreform“ und bei der „Bildung eines Katasteramtes“ gewährt. Dabei sollen *deutsche Experten* aus der Verwaltung und Wirtschaft zum Einsatz kommen [5]. Solche „Experten“ haben schon zur Genüge in der DDR und in den ehemals sozialistischen Staaten Europas geübt. Ausgehend von diesen Erfahrungen schlug der Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, eine „institutionelle Hilfe der EU“ vor, in deren Rahmen das griechische Staatsvermögen – wie im Falle der DDR schon praktiziert – an eine EU-Treuhandanstalt übertragen wird, die diese dann veräußert [6].

Es geht also nicht nur um die Krise. Es geht darum, dass Bedingungen, die durch die Krise und im Zusammenhang mit ihr geschaffen wurden und werden, von der BRD-Regierung und vom deutschen Großkapital ausgenutzt werden, um die Beherrschung und Kontrolle der EU und der Staaten durch die Großmächte und besonders durch die BRD durchzusetzen. Es geht darum, dass die Position Deutschlands als führende Macht der EU und seine Interessen zum Maßstab des Handelns gemacht und die EU für die Interessen Deutschlands in Stellung gebracht wird.

Verschärfung der zwischen-imperialistischen Widersprüche

Natürlich werden dadurch auch neue Widersprüche produziert. „Ein handlungsfähiges Europa wird zum Konkurrenten Amerikas“ [7]. Die dominante deutsche Stellung in Europa wird inzwischen in den USA sehr deutlich kritisiert. Im Herbst 2011 warf US-Präsident Obama den „Europäern“ vor, für die Eskalation einer abermaligen Finanzkrise verantwortlich zu sein, die „der Welt Angst einjagt“ [8].

Permanente Spannungen gibt es aber auch zwischen Paris und Berlin. Frankreich gelingt es immer weniger, das deutsche Vorgehen zu hintertreiben. Die französische Regierung sei nicht bereit, die „eigene Budgethoheit – wenn auch begrenzt – einzuschränken“. „Überhaupt behagt es der politischen Klasse in Paris nicht, sich haushaltspolitische Entscheidungen ‚von Berlin‘ diktieren zu lassen“ [9].

Den Widerspruch Großbritanniens gegen die Transformation der EU gemäß den deutschen Interessen verurteilte der Fraktionschef der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, wie folgt: „Nur den eigenen Vorteil suchen zu wollen und nicht bereit sein, sich auch einzubringen – das kann nicht die Botschaft sein, die wir den Briten durchgehen lassen.“ Auf die bereits erreichte Dominanz der Bundesrepublik Deutschland in der EU wies er mit dem vielsagenden Satz hin: „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen“ [10].

Die Position, von der die BRD trotz solcher Widersprüche auch in Zukunft ausgehen will, charakterisierte der Fraktionsvorsitzende auf dem Parteitag der CDU im November 2011 mit den in Ton und Inhalt vielsagenden Worten: „Wir befinden uns in Europa in einer gewissen Zeitenwende. (...) Wir spüren, dass wir dieses Europa in eine neue Zeit führen müssen“ [11].

Ein neuer Kolonialismus droht

Dass das nicht nur Finanzbeamte und Treuhandanstalt bedeutet, sondern militärische Unterwerfung, hat der Krieg in Jugoslawien bewiesen. Auch Afghanistan ist ein Beispiel, Irak und Libyen mussten das gleiche Schicksal erleiden.

Schon 2003 war das im CDU-Beschluss so anvisiert worden. Als eine allgemein zu akzeptierende Aufgabe wurde angeregt, „das Völkerrecht behutsam weiterzuentwickeln“ [1]. Weiterentwickeln heißt, die Grundprinzipien des Völkerrechts in Frage zu stellen, um sie der Bedeutungslosigkeit zu überantworten. Begründung: weil der „Souveränitätsbegriff an Ordnungskraft verliert!“

„Europa“ braucht angeblich, weil „deutsche Interessen am besten in einem starken, politisch einigen und

handlungsfähigen Europa aufgehoben“ sind, nicht nur die „politischen und militärischen Handlungsoptionen, die seiner Größe, seinem Potenzial, seiner Verantwortung und seinen Interessen entsprechen“ – so die CDU 2003 – sondern auch den neuen völkerrechtlichen Rahmen, der die Verwirklichung dieser Optionen als demokratisch legitimiert und eine Aggression als humanitäre Handlung erscheinen lässt!

Das Ziel ist eine neue Version der Politik der offenen Einmischung der imperialistischen Großmächte in die inneren Angelegenheiten der Staaten, die ihren Ausdruck in militärischen Interventionen, in der Eroberung von Rohstoffquellen, der Besetzung von Territorien und der Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Kontrolle der Großmächte über diese Länder findet.

Quellen und Anmerkungen

- [1] CDU-Beschluss
www.cdu.de/doc/pdfc/beschluss
- [2] Souveräne Rechte: Null und nichtig, www.german-foreign-policy.com, 4. 10. 2011
- [3] Der Stabilitäts-Tiger bekommt endlich Zähne, www.ftd.de, 27. 9. 2011
- [4] www.welt.de, 27. 9. 2011
- [5] Merkel lotet Wirtschaftshilfe für die Griechen aus, www.welt.de, 27. 9. 2011
- [6] EU-Treuhand soll griechisches Vermögen verwalten www.welt.de, 1. 10. 2011
- [7] Egon Bahr, Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, Karl Blessing Verlag, München 1998, S. 35
- [8] www.faz.net, 27. 9. 2011
- [9] Michaela Wiegel, Prävention? Ohne Paris, FAZ 29. 9. 2011
- [10] Kauders Euro-Schelte: Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen, www.spiegel.de, 14. 11. 2011
- [11] Kauder-Rede beim CDU-Parteitag: Auf einmal wird Deutsch gesprochen, www.welt.de, 14. 11. 2011



DIALOG STATT BOMBEN – SOLIDARITÄT MIT DER SYRISCHEN BEVÖLKERUNG HEISST, DIE KRIEGSTREIBER ZU STOPPEN

Was tun für Syrien? Seit fast einem Jahr geht die Opposition gegen Präsident Baschar Al-Assad auf die Straße. Im Gegensatz zu den ebenfalls stattfindenden Massenprotesten für den Staatschef finden ihre Manifestationen täglich Eingang in die hiesigen Nachrichten.

Begleitet wird die friedliche Umbewegung von bewaffneten Aufständischen sowie von einer professionellen Medienkampagne mit immer neuen Schreckensmeldungen und Opferzahlen der Assad-Gegner, die sich im Nachhinein häufig als deutlich übertrieben (400 Zivilisten in Homs getötet, lautete etwa die Propagandameldung pünktlich zur bevorstehenden Abstimmung des UN-Sicherheitsrats über eine Syrien-Resolution) oder frei erfunden erwiesen haben (Babys in Brutkästen gestorben, weil Assads Schergen die Stromversorgung im Krankenhaus unterbrochen haben). Letzteres wird geflissentlich totgeschwiegen.

Unzweifelhaft ist, unzählige Menschen sind bei den Auseinandersetzungen bisher getötet worden. Aber: Unter den Toten sind Assad-Gegner wie Assad-Anhänger, friedliche Demonstranten wie Mitglieder der oppositionellen Untergrundgruppe „Freie Syrische Armee“ (FSA) und islamistische Söldner an deren Seite – und eben auch nicht wenige Angehörige der regulären Streitkräfte und Polizei. Sicher ist, die Zahl der Toten geht in die Tausende.

Moskau als Buhmann

In Tunesien, wo vor gut einem Jahr der Machthaber Zine El-Abidine nach Massenprotesten seiner Bevölkerung aus dem Amt und Land gejagt wurde, haben selbsternannte „Freunde Syriens“ am 24. Februar die weitere Intervention hin zum „Regime change“ in Damaskus beraten – Waffenhilfe für Assads Gegner inklusive. Russland beteiligte sich nicht an dem von EU, USA und reaktionären arabischen Regimen mitveranstalteten

Kriegsratschlag. Zur Konferenz seien „nur einzelne Oppositionsgruppen eingeladen, aber keine Vertreter der syrischen Regierung“, stellte der Sprecher des russischen Außenministeriums, Alexander Lukaschewitsch, zwei Tage vor dem Gipfel fest. „Das bedeutet, dass die Interessen eines großen Teils der syrischen Bevölkerung, der die amtierende Regierung unterstützt, unberücksichtigt bleiben.“ Dieses Treffen rufe „mehr Fragen hervor, als es klare Antworten gibt“. Offensichtlich sollte Moskau weiter als Buhmann erhalten, statt eingebunden zu werden. Wie sonst ist zu erklären, dass Russland weder die Teilnehmerliste noch die Tagesordnung der Gespräche mitgeteilt worden ist?

Der russische Außenamtssprecher konstatierte, dass eine Abschlusserklärung der „Freunde Syriens“ bereits vorbereitet worden sei. „Nach unseren Informationen arbeiten einige Länder daran, ohne die anderen Eingeladenen verständigt zu haben, die später aufgefordert werden, dieses Dokument einfach zu unterzeichnen.“ Es entstehe der Eindruck, „dass es sich dabei um die Bildung einer internationalen Koalition handelt, wie das bei der Entstehung der ‚Kontaktgruppe für Libyen‘ vor einem Jahr der Fall war“. In Moskau befürchtet man, dass die syrische Opposition nicht nur mit Hilfsgütern, sondern auch mit Waffen versorgt wird – was kurz vor Konferenzbeginn ja auch offen erwogen wurde. Der Kreml wolle die Syrien-Frage unter der Schirmherrschaft der UNO lösen, „damit alle Mitglieder der Weltgemeinschaft als Freunde des ganzen syrischen Volks und nicht nur eines gewissen Bevölkerungsteils auftreten.“

Falsche Freunde

Derart differenzierte Positionen sind bei den „Freunden Syriens“ nicht willkommen. Die Sprecherin des State Departments in Washington, Victoria Nuland, betonte, es würden nur die Länder an der Konferenz in Tunis teilnehmen,

die das syrische Volk „mit Worten und Taten“ unterstützen und die UN-Resolution samt der Initiative der Arabischen Liga zur friedlichen Lösung des Syrien-Konflikts befürwortet haben. „Leider gehören Russland und China zu diesen Ländern nicht“, stellte Nuland fest. Ihre Chef, US-Außenministerin Hillary Clinton forcierte die weitere Isolierung Moskaus: „Die Konferenz wird die einheitliche Position der Weltgemeinschaft zum Assad-Regime zeigen und ein klares Signal an Russland, China und andere Länder sein, die immer noch unsicher in Bezug auf die Reaktion auf die andauernde Gewalt sind und leider eine falsche Entscheidung getroffen haben.“ Falsche Entscheidung?

Russland und China hatten Anfang Februar im UN-Sicherheitsrat ihr Veto gegen eine Resolution eingelegt, die weiter einseitig die syrische Führung für die Gewalt im Land verantwortlich machte und weitestgehend ausblendete, dass in Teilen des Landes ein bewaffneter Aufstand tobt. Nimmt man die Angaben der Opposition für bare Münze, gehören mehrere zehntausend Mann der in der Türkei gegründeten und von dort aus geleiteten Untergrundgruppe FSA an. Bis dato wurden die Aufständischen von den „Freunden Syriens“ ermuntert, mit ihren Angriffen auf die syrischen Sicherheitskräfte fortzufahren – Terroranschläge und Mordkommandos inklusive. Konsequenzen hatten Assads Gegner nicht zu fürchten, im Gegenteil. Die Situation erinnert an den Sezessionskampf im Kosovo am Vorabend des völkerrechtswidrigen NATO-Krieges gegen Jugoslawien 1999. Auch damals wurde eine Seite ermuntert, partout jede Verhandlungslösung zu verweigern. Wie heute in der Levante wurden die Aufständischen auf dem Amselfeld mit Waffen und Logistik versorgt. Schon damals war es vielen Linken hierzulande schwer gefallen, Position zu ergreifen. Hitler hieß damals nicht Assad, sondern Milosevic.



„Adopt a revolution“?

„Die europäische Linke steht in der Pflicht“, proklamiert die Redaktion des Monatsmagazins „ak“ im Februar-Heft, die syrische Oppositions- und Aufstandsbewegung in ihrem Ziel Regime-Sturz zu unterstützen – „auch wenn die Lage aus der Entfernung schwer einschätzbar sein mag“. Konkret rufen Hamburgs undogmatische Linke dazu auf, „Adopt a Revolution“ zu unterstützen. Die Kampagne arbeite mit lokalen Bürgerkomitees in Syrien zusammen und sammle für diese in Deutschland Geld „aus der Zivilgesellschaft für die Zivilgesellschaft“. Während in Syrien die Bürgerkomitees mit der FSA kooperieren und die Aufstandsgruppe quasi als bewaffnete Demo-Ordner präsentiert wird, bestehen hierzulande Kontakte zur Bundesregierung. Die Patenkampagne wird vom Auswärtigen Amt auf Arbeitsebene unterstützt. Deren Gelder werden nach Syrien geschmuggelt, so ist letztlich nicht nachvollziehbar, wer was bekommt bzw. von wem alles „Revolutionshilfe“ zugeschossen wird – ein Einfallstor für geheimdienstliche Wühlarbeit schlechthin.

Der Publizist Jürgen Todenhöfer, früherer CDU-Politiker und Burda-Manager, schrieb in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (19. Februar) über den syrischen Bürgerkrieg: „Auch die syrische Revolution hätte meine unein-

geschränkte Sympathie, wenn sie gewaltfrei geblieben wäre und nicht vom Westen finanziert würde. Doch nach dem Sturz Ben Alis und Mubaraks hat sich viel geändert. Gewaltlosigkeit war plötzlich nicht mehr gefragt. Und seit Libyen waren die Aufstände keine rein arabischen mehr. Der Westen, der die Entwicklung in Tunis und Kairo verschlafen hatte, mischte plötzlich kräftig mit. Er hatte erkannt, dass er vieles, was er durch Kriege nicht erreicht hatte, durch eine listige Beteiligung an den Aufständen realisieren konnte. Vor allem das alte Ziel der amerikanischen Neokonservativen: einen durchgängig proamerikanischen Nahen Osten.“ Schon wenige Tage nach Beginn der syrischen Unruhen seien über das Golfemirat Katar moderne Waffen in die Hände der Rebellen gelangt. Gleichzeitig setzte „eine gigantische Medienkampagne gegen das Syrien Assads“ ein. „Jede zweite Meldung“, so Todenhöfer, „die ich während meines vierwöchigen Aufenthalts in Syrien überprüfte, war falsch“. Das ändere nichts am Widerstandsrecht der Syrer gegen Diktatur, an ihrem Recht auf Demokratie. Und Todenhöfer fragt rhetorisch: „Was, wenn der Volksaufstand in Syrien, anders als der in Tunesien, Ägypten und Libyen, gar kein klassischer Volksaufstand ist, sondern ein Aufstand starker lokaler Gruppen, dem mindestens ebenso starke Pro-Assad-Gruppen gegenüberstehen, die auch Demokratie wollen, aber mit Assad?“ Syrien brau-

che dringend den Dialog der verfeindeten Gruppen, für den sich die russische Außenpolitik stark gemacht hätte. „Nur so lässt sich das Blutvergießen beenden“, schlussfolgert Todenhöfer.

Aus eben diesen Gründen haben neben Russland und China unter anderem Venezuela und Kuba eine Resolution in der UN-Vollversammlung abgelehnt, die einseitig die syrische Führung für die Gewalt im Land verantwortlich macht. Warum aber ist die Haltung Havannas und Caracas‘ für hiesige Linke keine Orientierung in der internationalen Solidarität? Lieber stellen sie sich – undogmatisch wie sie sind – an die Seite von Merkel, Obama, Sarkozy und den arabischen Feudalherrschern. Ihre Intervention in Libyen im vergangenen Jahr haben 50.000 Menschen mit ihrem Leben bezahlt. Solidarität mit der syrischen Bevölkerung muss in allererster Linie darauf abzielen, deren falsche Freunde an Militärschlägen zu hindern.

Der Artikel wurde bereits im März im „Berliner Anstoß“, Zeitung der DKP Berlin, veröffentlicht und schon Ende Februar abgeschlossen. Die Redaktion von T&P dankt für die Erlaubnis zum Abdruck.



Simon, SDAJ Trier

DIE AUSSETZUNG DER WEHRPFLICHT UND DIE PERSPEKTIVEN ANTIMILITARISTISCHER ARBEIT

Man kann den aktuellen Schritten im Zuge des Umbaus der Bundeswehr ja nun wirklich nicht viel Positives abgewinnen. Trotz Reduzierung der Truppenstärke und Aufgabe von Kasernenstandplätzen – eine Lockerung des militaristischen Würgegriffs um die Gesellschaft ist das nicht, und das soll es ja auch gar nicht sein. Nicht umsonst lautet der Titel des maßgeblichen Papiers der Bundeswehrreform: „Vom Einsatz her denken – Konzentration, Flexibilität, Effizienz“. Die Marschrichtung soll-

te damit für jeden deutlich sein: es geht um eine Verschlingung der Truppe zur Steigerung ihrer Effizienz als weltweit einsetzbare Interventionsarmee.

Eine Reformmaßnahme allerdings, die Aussetzung der Wehrpflicht, hat eine Auswirkung, die auch Antimilitaristen freuen kann. Es muss nun zum ersten Mal seit 1955 nicht mehr der gesamte männliche Teil jeden Jahrgangs zur Musterung (was so zwar schon seit einiger Zeit nicht mehr praktiziert, aber

eben doch als grundsätzlicher Anspruch aufrechterhalten worden ist) und hinterher in einen der beiden Zwangsdienste, Zivil- oder eben Wehrdienst. Damit ist aber auch dem deutschen Militarismus eine seiner wichtigsten Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Jugend versperrt. Worum es bei der Wehrpflicht ging, machte einst Kurt Georg Kiesinger klar, der einen Unternehmer so wiedergab: „Diese jungen Arbeiter, die aus der Bundeswehr zurückkommen, sind in Ordnung. Das sind prächtige Kerle,

und viele haben sich in dieser Zeit völlig verwandelt“ [1]. Die „Schule der Nation“ sollte aus Jugendlichen Soldaten und aus Soldaten „Staatsbürger in Uniform“ machen. Doch das hieß eben nicht, soldatischen Korpsgeist durch demokratische Anschauungen zu ersetzen, sondern Jugendliche in Uniformen zu stecken und sie auf diesen Staat, die kapitalistische Gesellschaftsordnung und die Notwendigkeit ihrer bewaffneten „Verteidigung“ einzuschwören.

Warum Umbau zur Berufsarmee?

Warum hat sich der deutsche Imperialismus dann eigentlich der Wehrpflicht entledigt? Hauptsächlich, weil die Wehrpflichtigen zu viel kosten und für eine Interventionsarmee nicht zu gebrauchen sind. Sie sind nämlich nicht spezialisiert genug und können nicht in Auslandseinsätze geschickt werden.

Haben sich die Antimilitaristen also zu früh gefreut? Wären wir mit der allgemeinen Wehrpflicht nicht besser bedient, als mit einer auf neokolonialistische Kriegseinsätze ausgelegten Berufsarmee? Und: Nimmt uns eine Berufsarmee nicht so gut wie jede realistische Chance antimilitaristischer Arbeit innerhalb der Bundeswehr? Die Aussetzung der Wehrpflicht stellt einen Schritt des deutschen Imperialismus auf dem Weg zu einer noch härteren Gangart im internationalen Konkurrenzkampf dar, und sicher ist auch, dass die Arbeit von Antimilitaristen in der Bundeswehr durch diese Maßnahme fast unmöglich gemacht wird. Von daher sollten wir uns keine Illusionen machen: Die Aussetzung der Wehrpflicht ist alles andere als ein Schritt in Richtung Entmilitarisierung.

Andererseits gibt es aber – meiner Meinung nach – auch keinen Grund, der Wehrpflicht nachzutruern. Der

deutsche Imperialismus hat sich bei seinen Kriegsplänen in den letzten Jahren von der allgemeinen Wehrpflicht ja durchaus keine Fesseln anlegen lassen, genauso wenig sind die deutschen Soldaten im Ausland humaner vorgegangen, als sie noch ihren Grundwehrdienst mit Gleichaltrigen abgeleistet haben, die sich danach nicht verpflichtet haben. Das Posieren mit Totenschädeln, das Bemalen von Fahrzeugen mit Nazisymbolen, der Befehl zur Bombardierung von Zivilisten – hätte es eine reine Berufsarmee schlimmer getrieben? Für spezielle Aufgaben gab und gibt es ja außerdem immer noch Elite-truppen wie das KSK. Für den Einsatz im Innern, der ja auch ohne Grundgesetzänderung bereits praktiziert wird und der nur durch erhebliche Proteste zu verhindern sein wird, dürfte die Aussetzung der Wehrpflicht noch wichtiger sein: Ein Berufsheer wird leichter zur Niederschlagung von Streiks und Unruhen bereit sein.

Möglichkeiten des antimilitaristischen Kampfes heute

Unsere Chancen für die Schwächung des erstarkenden deutschen Imperialismus sind durch die Aussetzung der Wehrpflicht nicht schlechter geworden als sie es bisher waren. Natürlich wird es in den nächsten Jahren keine revolutionäre Agitation in der Armee geben, obwohl das mehr als wünschenswert wäre. Doch das ist nicht der Aussetzung der Wehrpflicht geschuldet, sondern unserer eigenen Schwäche.

Der Genosse Olaf Harms stellte in einer Bildungszeitung der SDAJ zum Thema antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr einmal fest: „Zwingende Voraussetzung für eine aktive Arbeit in der Armee ist die Unterstützung der Organisation für die Aktiven.“ Diese Unterstützung können wir derzeit nicht gewährleisten. Solange wir die Arbeiter-

jugend nicht einmal in den Betrieben erreichen, sollten wir unsere Kräfte nicht darauf verwenden, zu versuchen, sie in der Bundeswehr zu erreichen.

Was wir allerdings tun können ist, den deutschen Militarismus dort anzugreifen, wo er momentan am verwundbarsten ist: bei seiner Nachwuchs-gewinnung. Die antimilitaristische Agitation also an die Arbeiterjugendlichen heranzutragen, bevor sie in die Armee gehen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht stellt sich für die Bundeswehr ihr Nachwuchsproblem, das sie schon seit Jahren umtreibt, noch drängender. Händeringend sucht man geeigneten Nachwuchs, immerhin warb die Bundeswehr bisher gut 40 % der Zeit- und Berufssoldaten über den Grundwehrdienst an. Nicht umsonst sorgte sich der Verfassungsschutz Baden-Württembergs Anfang 2010 über die Erfolgchancen der Kampagne „Bundeswehrfreie Zone“ der SDAJ. Hier sollten wir im Bereich Antimilitarismus gerade nach Aussetzung der Wehrpflicht unseren Schwerpunkt setzen: Ausgehend nicht von moralischen Erwägungen über Krieg und Frieden, sondern ihren konkreten Interessen, der Arbeiterjugend ihren Interessengegensatz zum deutschen Militarismus und seinen (tod-)„sicheren“ Jobs aufzeigen und damit einen Beitrag zur Schwächung des deutschen Imperialismus insgesamt leisten.

Quelle:

[1] Becker, H./Leist, O. (Hg.): Militarismus in der Bundesrepublik, Köln 1981, S. 96



Sebastian Carlens

VOM TESTBALLON ZUR HERRSCHENDEN PARTEI

Die Neuauflage von Kurt Gossweilers „Kapital, Reichswehr und NSDAP“ beleuchtet die Frühgeschichte des NS-Faschismus.

Nötig ist dies aus zwei Gründen: Einerseits, um die Entwicklung des deutschen Faschismus, der weder aus dem luftleeren Raum noch aus den Hirnen einzelner Verbrecher oder Verrückter entsprang, begreifen zu können – jenseits Knopp'scher Geschichtsneudeutungen und totalitarismus-theoretischer Verharmlosungen. Andererseits, um der überfälligen Debatte um Parallelen und Unterschiede zweier Krisenzeiten – der „großen Krise“ ab 1929/30 sowie der aktuellen Krise ab 2008 – das notwendige wissenschaftliche Fundament zu verleihen. Zu beiden Fragestellungen, einer historischen und einer politischen, kann Gossweilers Werk und die ihm zugrundeliegende Arbeitsmethode wichtige Zugänge leisten.

Faschismus als modifizierte bürgerliche Herrschaft

Gossweilers Ausgangspunkt ist das Jahr 1918: Europa liegt in Trümmern, der Weltkrieg hat Millionen Leben verschlungen. Unter den imperialistischen Mächten, die das Völkergemetzel entfachten, haben sich nach vier Jahren Krieg die Kräfteverhältnisse grundlegend verschoben. Das kaiserliche Deutschland, das den Krieg zu ungezügelter Expansionszwecken entfesselte, ist geschlagen, verkleinert und dem Versailler Vertrag unterworfen. Als Republik steht die gestutzte Großmacht auf tönernen Füßen; die durch die Novemberrevolution an die Macht gebrachten Reformsozialisten, die deutschen Mehrheitssozialdemokraten, zaudern und zögern vor jedem Schritt gegen die Mächte des untergegangenen Kaiserreiches.

Als Katalysator kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten hat der Weltkrieg obendrein Millionen Kleinbürger ver-

armen, Millionen Arbeiter verelenden lassen. Der „alte Mittelstand“ aus Händlern, Handwerksmeistern und Gewerbetreibenden, die zuverlässige soziale Stütze des alten Kaiserreiches, muss einen Niedergang, der unter „friedlichen Zeiten“ Jahrzehnte gedauert hätte, im Zeitraffer weniger Jahre erleben. Die Arbeiterklasse ist am Ende dieses Blutbades zu guten Teilen pazifistisch und internationalistisch gesinnt – revolutionäre Hoffnungen und Bestrebungen treten an die Oberfläche. Erst fünf weitere Jahre später kann das Menetekel der sozialen Revolution, dank tatkräftiger Schützenhilfe der SPD, endgültig gebannt werden. Die deutsche Monopolbourgeoisie, die größte Hoffnungen in den Waffengang gesetzt hatte, sieht sich nicht nur um sämtliche kühnen Pläne zur Hegemonie gebracht, sondern weit hinter ihre Ausgangsbasis des Jahres 1914 zurückgeworfen. Der erste Anlauf zur deutschen Weltherrschaft ist in einem Desaster geendet.

Unter diesen Bedingungen entstehen in Deutschland und Italien gänzlich neue politische Organisationen: faschistische Gruppierungen und Parteien. Die Herrschenden beider Länder eint, wiewohl im Krieg gegeneinander aufgestellt, der Revanchegedanke: in Deutschland für die Niederlage, in Italien für den als „geprellt“ empfundenen Sieg. Eine starke und in Teilen revolutionäre Arbeiterbewegung zwingt die herrschenden Klassen beider Länder, eine neue Massenbasis für ihren Machterhalt zu generieren – die alten sozialen Stützen der Vorkriegsordnung mit ihren nationalistischen und monarchistischen Parteien sind im Krieg ökonomisch abgestürzt und politisch diskreditiert worden. Für den zweiten Versuch, die Welt doch noch neu aufzuteilen (und dazu zunächst die verlorene Ausgangsbasis des Jahres 1914 wieder herzustellen), bieten sich neue Kräfte an: die millionenfach ohne Arbeit und Orientierung aus dem Krieg zurückgekehrten Soldaten, die keinen Anschluss an den Frie-

den finden, verkrachte Existenzen aus Kleinbürgertum und Intelligenz.

Was nützt uns Gossweilers Ansatz heute?

Aus dieser Gemengelage, die vielfach völkische Grüppchen und antisemitische Sekten gebar, sollte später die NSDAP als führende, zuletzt einzige Kraft hervorgehen. Gossweiler zeigt quellensatt und akribisch auf, wie dies funktionierte. „Übereinstimmung herrscht darüber, dass dieses Bild [von der Genese und Herrschaft des deutschen Faschismus, S.C.], soll es historisch wahr sein, die Hitler und Konsorten weder zu klein, etwa nur als Marionetten, die an den Drähten der Monopolbourgeoisie zappelten, noch zu groß, z. B. als ‚Herrscher über Reiche und Arme‘, zeichnen darf“, schreibt der Autor im Vorwort. Das ist die große Stärke des Buches – mit zwei grundsätzlich falschen Vorstellungen über historische Abläufe aufzuräumen: Hitlers Machtantritt war ebenso wenig konsequenter, also „unabwendbarer“ Schlusspunkt einer Verschwörung geheimer Vorstandsetagen, wie er ein Erfolg der faschistischen Psychologie und Propaganda, des „Genies des Führers“ oder der „Dämonie des Bösen“ war. Aus dem buntscheckigen reaktionär-alldeutschen, völkisch-antisemitischen Milieu, das bereits im Kaiserreich existierte, wuchs sich – durch die individuelle Verrohung, die der Weltkrieg mit sich brachte, und durch verschlechterte soziale Bedingungen – ein neuer Typus faschistischer Massenorganisationen aus. Durch „Versuch und Irrtum“ setzten sich dabei diejenigen Parteien und Politiker, die am ehesten zur Schaffung einer Massenbasis über Klassenschranken hinweg in der Lage waren, durch.

Das Monopolkapital ließ sich diese – beinahe „marktwirtschaftliche“ – Ermittlung geeigneter faschistischer Parteien einiges kosten. Unter all den Testballons trat die NSDAP nur wenige

Jahre nach ihrer Gründung als Sieger im Ringen um die Gunst des Monopolkapitals hervor.

Gossweiler nimmt eine essenzielle Unterscheidung vor, zwischen faschistischer Bewegung und Faschismus an der Macht. Ließe sich nur eine Schlussfolgerung aus dem Aufstieg der NSDAP zur Massenpartei ziehen, dann diese: die einzige Ideologie des Faschismus ist der Pragmatismus. All das Ornament an völkischen Phantasien und landes- wie zeittypischen Erscheinungsformen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Faschisten nicht dank ihrer Talente oder Ideen die politische Herrschaft überantwortet wird – ausschließlich ihre Fähigkeit, eine möglichst große Massenbasis in den Dienst der herrschenden Klasse zu stellen, ist für die Gunst der Bourgeoisie entscheidend.

Wie das in den zwanziger Jahren vonstatten ging, zeigt Gossweilers Buch in aller nötigen Tiefenschärfe. Heute, in einer akuten kapitalistischen Wirtschaftskrise, lassen sich in ganz Europa „moderne“ Versuche, rückwärts-gewandte militante Massenbewegungen zu generieren, beobachten. Nicht deren Nähe zu und Anleihen an vergangene faschistische Regimes ist entscheidend für ihren Erfolg (das Gegenteil kann der Fall sein), sondern ihre potenzielle Eignung als Massenbasis bürgerlicher Herrschaft, wenn der Parlamentarismus zur Disposition gestellt werden sollte. Wir haben uns aktuell weniger mit dem Faschismus als Herrschaftsprinzip zu beschäftigen, sondern mit der Entstehung faschistischer Bewegungen. Und diese Etappe ist vergleichbar: wie schon in den 20er Jahren steigen Testballons in Hülle und

Fülle auf – mit antisemitischen, antiarabischen und antiamerikanischen Ansätzen, mit „antikapitalistischer“ ebenso wie mit pseudorevolutionärer Tünche, in schwarz-weiß-rot wie schwarz-rot-gold. Noch ist der Parlamentarismus Herrschaftsform der Wahl. Doch die bürgerlichen Abwickler der Demokratie stehen in den Startlöchern.

Kurt Gossweiler: „Kapital, Reichswehr und NSDAP. Zur Frühgeschichte des deutschen Faschismus 1919 bis 1924“, PapyRossa Verlag, Köln 2011, 471 Seiten, 28 Euro.

Der Artikel wurde bereits im „Berliner Anstoß“, Zeitung der DKP Berlin, veröffentlicht. Die Redaktion von T&P dankt für die Erlaubnis zum Nachdruck.

SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN GRIECHISCHEN STAHLARBEITERN: STÄRKT DIE STREIKKASSE!

Die Kolleginnen und Kollegen im Stahlwerk des Industriellen Nikolaos Manesis in Aspropyrgos (nahe Athen) stehen seit Oktober im Streik. Der Unternehmer versucht, den Lohn der Beschäftigten auf 500 Euro bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 5 Stunden pro Tag zu drücken. 93 der 400 Beschäftigten wurden bereits entlassen, und das alles in einer Phase, in der das Unternehmen schwarze Zahlen schreibt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter des Betriebes sind nicht bereit, diesen Verarmungsprozess widerstandslos hinzunehmen. Sie streiken seit Monaten, obgleich sie kein Streikgeld erhalten.

Sie sind in ihrem Kampf deshalb auf solidarische Unterstützung wie z. B. die Verteilung von Lebensmitteln in ihrer Gemeinde angewiesen. Die klassenorientierte Gewerkschaftsfront PAME organisiert die landesweite Solidarität politisch, aber auch materiell, was für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien lebenswichtig ist.

Das Ziel der herrschenden Klasse ist es, solche Lohnkürzungen in allen Sektoren der Beschäftigung durchzusetzen. Der Wert der Ware Arbeitskraft soll dauerhaft gesenkt werden. Die Maßnahmen der griechischen Regierung führten bereits zur Streichung wesentlicher Teile der Daseinsvorsorge, zur Intensivierung der Ausbeutung, zur Verarmung der Mittelschichten und zur Steigerung der Arbeitslosigkeit und des Elends. Besonders ist die Jugend betroffen, die Arbeitslosigkeit liegt bei ihr aktuell bei etwa 50 Prozent. Der Widerstand der Stahlarbeiter trägt unter diesen Umständen exemplarischen Charakter.

Das alles geschieht allein zur Profitsicherung des Kapitals. Das griechische Volk trägt keine Verantwortung für die Krise – es ist das internationale Großkapital, es sind insbesondere deutsche Banken sowie die griechische herrschende Klasse, die die Krise herbeigeführt haben. Und es ist das deutsche Großkapital, das die Krise nutzt, um seine Vorherrschaft in der EU auszubauen auf dem Rücken der Lohnabhängigen.

Auch in Deutschland werden die Lasten der Krise auf die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse abgewälzt. Wir bezahlen die Krise mit Erwerbslosigkeit, sozialem Kahlschlag, Senkung der Reallöhne, Flexibilisierung und Erhöhung des Leistungsdrucks, Steigerung der Altersarmut und einer Staatsverschuldung, an der wir noch Generationen lang zu tragen haben.

Wir wenden uns gegen den jüngst im Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf für den EU-Rettungsschirm ESM, der weitere Kredite von max. 500 Mrd. Euro vorsieht – Kredite, von denen einzig und allein die Kapitaleseite profitiert.

Stattdessen rufen wir dazu auf, für die Streikkasse der Stahlarbeiter in Aspropyrgos zu sammeln, denn ihr Kampf ist auch unser Kampf gegen Unternehmerwillkür, Lohnkürzung, Tariffucht und Sozialabbau. Er erfordert die konkrete Solidarität und den gemeinsamen Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder.

**Herausgeberkreis der Zeitschrift „Theorie und Praxis“, Michael Beltz, Stichwort „Griechenland“
Konto-Nr. 419 702, Sparkasse Gießen, BLZ 513 500 25
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02, SWIFT-BIC: SKGIDE5F**

WIE MUSS SICH DIE DKP VERÄNDERN?

In dieser Rubrik wollen wir notwendige Überlegungen zur Taktik unserer Partei, aber auch über strategische Orientierungen anstellen. Es soll dabei um die konkrete Kleinarbeit vor Ort gehen, im Betrieb oder der Kommune, im Bündnis oder als eigenständige Aktion. Die inhaltliche Klammer bildet die Überlegung, wie sich die DKP politisch-ideologisch stärken kann und dabei neue Genossinnen und Genossen gewinnt.

Wir brauchen eine Debatte darum, wie wir uns als Kommunistische Partei stärken können, d. h. wo unsere konkrete Zielgruppe innerhalb der Klasse ist und wie wir uns als Partei aufstellen müssen.

Karin Mack

13 WOCHEN STREIK!

Erfolgreiche Streikunterstützung – das geht auch von außen!

Durch eine Ausgliederung des nicht-medizinischen Bereichs aus der Charité wurde die Firma Facility Management GmbH (CFM) konstruiert. Die Charité als landeseigenes Unternehmen ist mit 51 Prozent und die privaten Unternehmen – VAMED Deutschland, Dussmann Gruppe und Hellmann Worldwide Logistics – sind mit 49 Prozent beteiligt. Ziel dieser Ausgründung war eine Kostensenkung von sage und schreibe 25 Prozent innerhalb von vier Jahren.

Die Charité ist mit ca. 14.400 Mitarbeitern an vier Standorten (Campus Benjamin Franklin, Campus Berlin-Buch, Campus Charité Mitte und Campus Virchow-Klinikum) der zweitgrößte Arbeitgeber Berlins. Die anderen drei Anteilseigner lassen sich so charakterisieren:

- VAMED gehört zu den international führenden Anbietern medizinischer Leistungen sowie Projektierung, Bau und Technischer Betriebsführung von Gesundheitseinrichtungen.
- Die Dussmann-Gruppe ist weltweit eine der größten privaten Multi-dienstleister.
- Hellmann Worldwide Logistics ist ein global vernetzter Logistikspezialist, zu dessen Kerngeschäft klassische Speditionsleistungen genauso wie die Steuerung komplexer Versorgungsketten gehören.

Mit ca. 2400 Beschäftigten ist die CFM zuständig für das gesamte Versor-

gungssystem der nichtmedizinischen und nichtpflegerischen Leistungen. Es umfasst ca. 18 verschiedene Leistungsangebote, z. B. Medizintechnik, Reinigungs-, Stations- und Desinfektionsdienste, Zentralsterilisation, Patienten- und Mitarbeiterverpflegung, Sicherheits- und Empfangsdienste, Telefonzentralen, Waren- und Logistikdienste an den Charité-Standorten.

Ziele des Streiks

Bereits die Aufnahme von Tarifverhandlungen musste durch eine zweiwöchige Arbeitsniederlegung im Mai 2011 erzwungen werden – einen Tarifvertrag gibt es bis heute nicht. Ein Auszug aus einer Stellungnahme der Tarifkommission benennt die Ziele: „Wir fordern, dass es endlich zu spürbaren Verbesserungen der Arbeits- und Einkommenssituation aller CFM-Beschäftigten kommt. (...) Wir haben gestreikt (...), damit endlich Schluss ist mit den unzähligen unterschiedlichen und zum Teil willkürlichen Arbeitszeiten, Urlaubsansprüchen, Stundenlöhnen, Zulagen und Zuschlägen.“ Anfang September 2011 machte die Unternehmensseite ein Angebot, das jedoch für die Gewerkschaft ver.di und die dbb Tarifunion (Deutscher Beamtenbund) nicht akzeptabel war. Die Verhandlungen wurden deshalb abgebrochen und die Urabstimmung festgelegt.

Das Ergebnis bedeutete Streik, 13 Wochen lang. Anfang Dezember vereinbarten die Tarifparteien eine sog. Eckpunktevereinbarung: ab Mai 2012 gilt ein Mindestlohn von 8,50 Euro pro

Stunde und für den Januar 2012 gab es eine Einmalzahlung von 300 Euro. Außerdem wurden Ende Januar die Verhandlungen über einen Manteltarifvertrag bei CFM aufgenommen.

Der Streik wurde von der Unternehmerseite von Anfang an äußerst brutal geführt – mit offenen Einschüchterungsversuchen, Drohungen, Spaltungs- und Entsolidarisierungsversuchen, systematischer Desinformation. Diese Methoden werden nach wie vor angewandt, um ein Klima der Angst zu schaffen. Zum Beispiel werden Beschäftigte aufgefordert, beim Berichtswesen auch Gespräche mit anderen Kollegen und Kolleginnen zu dokumentieren. Mit Drohungen, Abmahnungen bis hin zu Entlassungen sollen gerade die im Streik Aktiven getroffen, die Gewerkschaften geschwächt und so die Weichen für die nächste Runde im Kampf gestellt werden.

13 Wochen Streik, das ist ungewöhnlich lang, zumindest in der BRD. Für die Kolleginnen und Kollegen war es eine ungeheure Leistung. Die Arbeitsbedingungen der CFM-Belegschaft sind sehr unterschiedlich, es überwiegen die unsicheren und prekären Arbeitsverhältnisse. Weiter kam erschwerend hinzu, dass die Gewerkschaft IG BAU, in der die Reinigungskräfte der CFM organisiert sind, den Streik offen ablehnte.

Unterstützt wurden sie in diesem Kampf vom **Solidaritätskomitee** für die Beschäftigten der CFM. Es stellte für die Streikenden Kontakte mit ande-

ren Einrichtungen und ähnlich betroffenen Kolleginnen her und informierte über den gesellschaftlichen Charakter und die Bedeutung des Streiks in der Öffentlichkeit.

Zwischenbilanz

Hier hat auch unsere Partei ihren Beitrag geleistet. Eine Bewertung unserer bisherigen Arbeit, eine Zwischenbilanz, kann uns helfen, die Aufgabenstellungen für die nächste Runde zu entwickeln.

- Wie schätzen die rund 250 Kolleginnen und Kollegen, die 13 Wochen diesen Kampf geführt haben, **selbst** ihre Lage ein? Die folgenden Sätze treffen die Haltung bei vielen: „... unser Streik wird nur mit einem vernünftigen Tarifvertrag enden!“ oder: „... also ist der gesetzliche Mindestlohn immer nur die absolut unterste Verhandlungsgrundlage...“ Circa vier Wochen nach Beendigung des Streiks ist immer noch genug Wut und Mut vorhanden, doch jeder weiß, dieser Kampf wird kein leichter sein.
- Hat sich das **Bewusstsein** bei den Streikenden und der gesamten Belegschaft im Verlauf des Streiks verändert? Während des Streiks wurde zunehmend bei den Beteiligten über die gesellschaftliche Bedeutung des Streiks diskutiert.
- Wie ist die Haltung der **Unternehmerseite** einzuschätzen? Wie weit greift ihre Strategie? Sie haben versucht, die Belegschaft zu spalten, mit Drohungen bis hin zum Gesetzesbruch, sowie durch verstärkten Einsatz von Leiharbeit den Widerstand zu brechen: Erpressung in der Reinigung, Hells Angels als Security usw. Für beide Seiten bedeutet die Beendigung des Streiks im Dezember nur eine Atempause.
- Wie ist die **Haltung der Gewerkschaften** zu beurteilen? Die ver.di Landesorganisation hat diesen Streik unterstützt, der zuständige

Fachbereich arbeitete seinen Möglichkeiten nach engagiert. Zunehmend werden aber Hemmnisse sichtbar: ein bürokratischer Apparat, ungenügende Vernetzung mit anderen Bereichen, wenig Unterstützung seitens der Bundesebene.

- Wie stand es mit der **Solidarität aus anderen Gewerkschaften** während des Streiks? Hier gab es vor allem Initiativen von engagierten Gewerkschaftern – weniger seitens der offiziellen Gremien – z. B. die Flugblattaktion der Kolleginnen und Kollegen der BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft). Es gab Solidaritätserklärungen von GEW-Mitgliedern, so z. B. einen Brief an Dussmann mit der Boykottandrohung des Weihnachtsgeschäfts.
- Wie ist die **Vernetzung dieses Streiks mit anderen Widerstandsaktionen** gelungen? Bereits zu Beginn gab es Kontakte zu den Streikenden bei Alpenland Pflegeheime Berlin GmbH. Es gelang, deren Kampf in das Solidaritätskomitee einzubeziehen. Ebenso kam es über das Solidaritätskomitee zu einer Zusammenarbeit mit den streikenden Psychotherapeuten/-innen in Ausbildung (PiA). Vom 5. bis 9. Dezember 2011 traten diese erstmals in einen Streik, um für eine angemessene Vergütung zu kämpfen. Es kam auch zu Verbindungen mit Kolleginnen und Kollegen beim Berliner Ensemble, die für einen Tarifvertrag kämpfen, sowie zu Solidaritätserklärungen mit den Streikenden der Postbank und ihrer Töchter u. a.
- Andere Aktivitäten waren fantasievolle Demonstrationen vor Dussmann und den anderen Anteilseignern, auch vor deren Niederlassungen in anderen Städten, bis hin zu gegenseitigen Solidaritätserklärungen mit Streikenden in anderen europäischen Ländern.
- Es gab und gibt eine Zusammenarbeit des Solidaritätskomitees mit dem Forum Betriebe, Gewerk-

schaften und soziale Bewegungen, in denen Gewerkschaftsmitglieder aus verschiedenen betrieblichen Bereichen tätig sind. Mit ihnen zusammen wurde eine gemeinsame Spendensammlung für die Solid-Streikkasse vor Betrieben durchgeführt.

- Wie ist es gelungen, die **Mitglieder der Partei** in diesen Kampf einzubeziehen? Der „Schrittmacher“, die Betriebszeitung der DKP, die alle zwei Monate an den drei Charité-Standorten verteilt wird, erschien auch während des Streiks. Von Anfang an arbeiteten Genossinnen und Genossen im Streikkomitee mit und an den zahlreichen Aktionen der Gewerkschaft und des Streikkomitees haben sie sich selbstverständlich beteiligt. In den Grundeinheiten wurde über den Streik berichtet und diskutiert, einige schickten Delegationen zu den Streiklokalen. Seitens des Sekretariats der DKP Berlin wurde eine eigene DKP-Aktion initiiert, d. h. die Partei erstellte ein Flugblatt, das speziell auf die ausbeuterischen Aktivitäten des Unternehmens Dussmann, das in Berlin ein großes „Kulturkaufhaus“ unterhält, aufmerksam machte. Einen ganzen Tag lang wurde es im Schichtdienst vor diesem Kaufhaus verteilt. Diese Aktion sorgte nicht nur bei der Dussmann-Geschäftsleitung für Aufregung, sondern wurde auch als solidarische Unterstützung seitens der Streikenden empfunden, ebenso wie die Geldspenden, die wir für die Solikasse überreichten.

Angesichts unserer Mitgliederstruktur bewerten wir unsere Arbeit positiv. Es ist uns gelungen, unseren Anspruch umzusetzen, als Teil der Arbeiterbewegung in den konkreten Kämpfen unseren Beitrag zu leisten. Daran müssen wir in der nächsten Runde des Kampfes anknüpfen.



INHALT

<i>Renate Münder</i> Editorial	1
<i>Interview mit Giorgos Marinou</i> Perspektiven des Widerstands in Griechenland	2
Renate Münder Ein Widerspruch – Demokratie und Diktatur zugleich	4
<i>Erich Buchholz</i> Demokratie in der DDR – mehr als nur die Gleichheit vor dem Gesetz	6
<i>Adolf Eser</i> Demokratie, die nicht am Werkstor endete	8
<i>Wolfram Triller</i> Demokratie und DDR-Genossenschaften	10
<i>Arnold Schölzel</i> Die Lust am Widerspruch	11
<i>Richard Corell</i> Die linken Verteidiger der EU oder der verschämte Chauvinismus	13
<i>Anton Latzo</i> „Jetzt wird in Europa deutsch gesprochen“	15
<i>Rüdiger Göbel</i> Dialog statt Bomben – Solidarität mit der syrischen Bevölkerung	17
<i>Simon, SDAJ Trier</i> Die Aussetzung der Wehrpflicht und die Perspektiven antimilitaristischer Arbeit	18
Literaturtipp	
<i>Sebastian Carlens</i> Vom Testballon zur herrschenden Partei	20
Spendenaufruf – Stärkt die Streikkasse!	21
Wie muss sich die DKP verändern?	
<i>Karin Mack</i> 13 Wochen Streik!	22

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus
in Wissenschaft und Politik,
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder,
St.-Cajetan-Straße 20, 81669 München
E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Einzelverkaufspreis: Euro 1,50

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

**Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie und Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen,
BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGSKGID5F**

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.